D 20493 E

DER PARITÄTISCHE

2| 2019

FÜR EIN SOZIALES EUROPA IN VIELFALT

Nachrichten | Berichte | Reportagen

Inhalt

Editorial 3

Schwerpunkt: Für ein soziales Europa in Vielfalt

Welches Europa wollen wir? 4
Haltung zeigen in Europa 6
Stop ISDS/Karikatur 7
Europäische Asylpolitik 8
Drei Fragen an Prof. Dr. Björn Hacker zur Europäischen Säule sozialer Rechte 10
Der Geruch von Armut 11
EMIN: Für eine garantierte Grundsicherung für alle – europaweit 13
Die „Griechenlandkrise“: Zwei Griechinnen berichten 14
Einmal Erasmus für alle! 16
Drei Fragen an Martin Roller, Paritätisches Jugendwerk Baden-Württemberg 18
Internationale Samariterkooperation Starke Partnerschaften für Europa 19
Drei Fragen an Tilo Liewald zu EU-Förderprogrammen 20
Für mehr Europa in Gera 21
Armut und Überfluss an der Wurzel packen 22
Drei Fragen an Krzysztof Balon zu seinem Engagement in Europa 23
Drei Fragen an Renate Reymann vom Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband 24
Drei Fragen an Holger Wicht von der Deutschen AIDS-Hilfe 25

Sozialpolitik

Sanktionen vor Gericht 26
Presseschau: Grundrente, Kindergrundsicherung, Weltkindertag, § 219a 27

Verbandsrundschau

Vermischtes und Verschiedenes 29
Forum der Paritätischen Freiwilligendienste 31
Buchrezension: „Weniger Markt, mehr Politik.“ 32
Soziale Arbeit dies- und jenseits des Rheins: Es lebe die deutsch-französische Freundschaft! 33
Termine, Termine, Termine... 34
Rahmenverträge, Umfrage, Bildnachweise, Impressum 36

Nicht nur gedruckt sondern auch unter facebook.com/paritaet bei Twitter unter @paritaet bei Instagram als paritaet

Dieses Magazin kann als barrierefreie pdf-Datei im Internet heruntergeladen werden: www.paritaet.org

Professor Dr.
Rolf Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands

Liebe Leserinnen und Leser,

die Europäische Union steht vor einer Zerreißprobe: erstarkende rechtsdemagogische und nationalkonservative Regierungen und gesellschaftliche Gruppen, Euroskeptizismus, mangelnde Solidarität mit EU-Mitgliedsstaaten und Zufluchtsuchenden, neoliberale Austeritätspolitik zulasten sozialer Gerechtigkeit und des Schutzes vor Armut, Brexit...

Bis zum letzten Jahr hat der Paritätische gegenüber der EU eine Art der Nicht-Einmischung vertreten und sich lediglich in defensiver Weise gegenüber der EU und nur zu wenigen Politikfeldern geäußert. Hervorzuheben ist hier unser Engagement gegen die EU-Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) sowie zur europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik. Jedoch schien es angesichts der Herausforderungen der EU als notwendig, diese Position zu überdenken und weiter zu fassen. Im Oktober 2018 hat sich der Paritätische in seinem europapolitischen Grundsatzpapier erstmals zur aktiven Gestaltung eines sozialen und demokratischen Europas positioniert. Pünktlich zur Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 haben wir weitere umfassende europapolitische Forderungen verfasst, die, aufbauend auf dem Grundsatzpapier, klare Erwartungen an die europäische Politik formulieren. Unsere Forderungen reichen von der Sozial-, Bildungs- und Migrationspolitik über das Beihilferecht bis hin zur Wirtschaftspolitik. Kernanliegen ist es immer, zu einem sozialen Europa beizutragen, wo keine Existenzängste herrschen, alle Menschen sozial teilhaben, Menschenrechte in vollem Umfang geschützt werden und der die Ungleichheit verstärkenden neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik ein Ende gesetzt wird.

Die EU muss die soziale Dimension vertiefen und Armut bekämpfen, um die Gemeinschaft Gleicher zu fördern und das Vertrauen in die Gemeinschaft zu fördern sowie um rechten Demagogen den Boden zu entziehen, die sich von den sozialen Unsicherheiten und Abstiegsängsten der Menschen nähren. Dazu gehört u.a. die Festlegung sozialpolitischer Mindeststandards in der Rente und beim Arbeitslosengeld, die den nationalen Gegebenheiten gerecht werden. Es braucht den Schutz und die Förderung sozialer Dienstleistungen und gemeinnütziger Dienste im Beihilfe- und Wettbewerbsrecht. Die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen sowie ihr Zugang zu angemessenen Sozial-, Gesundheits- und Pflegeleistungen muss garantiert werden. Ebenso sind Austauschprogramme sowie soziale und inklusive Programme zu stärken, um die Vielfalt in der Gesellschaft zu fördern. Wir brauchen zudem eine aktive Flüchtlings- und Migrationspolitik, die Zuflucht suchenden Menschen Schutz gewährt und Verantwortung nicht abweist. Basierend auf dem Gedanken der Parität ist es unser Ziel, allen Menschen nicht nur Chancen, sondern Möglichkeiten zu eröffnen und den gleichen Respekt entgegenzubringen. Auch in Europa treten wir für eine vielfältige, offene und tolerante Gesellschaft ein, die Armut und Exklusion bekämpft und gleiche Teilhabe für alle schafft.

Herzlich, Ihr

Welches Europa wollen wir?

Grund- und Menschenrechte umsetzen und schützen

In verschiedenen Papieren der EU sind Grund- und Menschenrechte definiert. Diese müssen verwirklicht und konsequent berücksichtigt werden. Die EU muss auch soziale Menschenrechte umfassend respektieren, schützen und stärken. Das erwarten wir vom Europäischen Parlament. Alle Bürger*innen müssen ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können. Freie Meinungsäußerung, die Presse- und Wissenschaftsfreiheit sowie der Schutz vor rechtlicher Willkür müssen umfassend verwirklicht werden. Das Freizügigkeitsrecht und ein Recht auf Sozialschutz müssen für alle Bürger*innen gelten und dürfen nicht auf Arbeitnehmer*innen reduziert werden.

Armut überwinden, soziale Rechte verwirklichen

Die Zahl der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen in der Europäischen Union liegt bei 118 Millionen Menschen: ein Viertel der europäischen Bevölkerung ist von Armut betroffen. In der Vergangenheit jedoch hat die EU durch ihre Austeritätspolitik dazu beigetragen, soziale Krisen sogar noch zu verstärken. Wir sagen: Europa braucht nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale Stabilitätskriterien. Die Bekämpfung von Armut muss für das neue Europäische Parlament oberste Priorität haben. Die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte muss von dem neu gewählten EP und der neuen Europäischen Kommission im Zusammenwirken mit dem Rat konsequent weiter verfolgt werden.

Soziale Infrastruktur entwickeln, Teilhabe fördern

Soziale Teilhabe muss allen Menschen in Europa ermöglicht werden. Wir fordern die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und die europaweite Schaffung einer barrierefreien, inklusiven sozialen Infrastruktur. Sowohl umfassende gesellschaftliche Teilhabe als auch der Zugang zu angemessenen Sozial-, Gesundheits- und Pflegedienstleistungen müssen garantiert werden. Es braucht eine hohe Qualität und Sicherheit von medizinischen und pflegerischen Produkten und Leistungen und Transparenz bei Pharmaspenden.

Dienstleistungen am Menschen, nicht an Märkten orientieren

Soziale Dienstleistungen dürfen nicht wie beliebige Waren behandelt werden, sondern müssen bürgernah zugänglich sein und hohen Qualitätsansprüchen genügen. Freihandelsabkommen dürfen nicht dazu beitragen, soziale Standards zu beseitigen oder zu umgehen. Das Europäische Recht muss die Vielfalt der Träger und Angebote achten und Transparenz fördern. Wir fordern vom EP und der Europäischen Kommission, bei allen wettbewerbs- und beihilferechtlichen Entscheidungen die besondere Rolle gemeinnütziger Organisationen und Unternehmen zu berücksichtigen.

Engagement fördern, in Zusammenhalt investieren

Gerade in Zeiten eines spürbaren EU-Skeptizismus und erstarkender nationalistischer Strömungen müssen soziale und inklusive EU-Programme gestärkt werden. Alle Förderprogramme sollten noch stärker benachteiligte Gruppen ansprechen, und von Grund auf vereinfacht werden. Gemeinnützige Dienste als wichtige Akteure der Zivilgesellschaft dürfen nicht länger beim Zugang zu Förderprogrammen gegenüber gewinnorientierten Unternehmen benachteiligt werden. Es braucht insbesondere auch neue Fördermöglichkeiten für soziale Innovationen im gemeinnützigen Bereich.

Vierzig Jahre nach der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament (EP) sind im Mai 2019 mehr als 500 Millionen EU-Bürger*innen aufgerufen, ihre Abgeordneten neu zu wählen. Aus der „Gemeinsamen Versammlung“ von 78 Parlamentariern nationaler Parlamente im Jahre 1952 wurde im Laufe der Jahrzehnte ein Europäisches Parlament mit 705 Sitzen. Der Paritätische Gesamtverband hat als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege zehn Forderungen formuliert, die wir hier in gekürzter Form dokumentieren. Mehr auf: www.paritaet.org

Für eine solidarische und humane Flüchtlings- und Migrationspolitik

Die Verantwortung für die Aufnahme Schutzsuchender darf nicht vor die Grenzen Europas abgeschoben werden. Wir fordern faire und rechtsstaatliche Asylverfahren, den Ausbau legaler Zugangswege nach Europa und Ausbau und Unterstützung der Seenotrettung. Wir fordern von den EP-Abgeordneten sich dafür einzusetzen, dass alle europäischen Einrichtungen und Dienste verpflichtet werden, im Rahmen ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten Flüchtlinge zu unterstützen und Migrant*innen Zugänge zu Bildung und Arbeit zu eröffnen.

Internationale Zusammenarbeit für Frieden und Verständigung

Die EU ist mehr denn je gefragt, die Auswirkungen der eigenen Politik auf andere Länder zu berücksichtigen. Es geht um Fragen des Klimaschutzes und effizienter Ressourcennutzung, um Handel, Steuern, Ernährung und Migration. Die EU muss ihren Beitrag dazu leisten, die 17 Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen zu verwirklichen. Die Internationale Erklärung der Menschenrechte und die Pakte über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte müssen gleichberechtigt als Verpflichtungen begriffen werden.

Ein Europa ohne Grenzen für den Menschen

Die Freizügigkeit der EU-Bürger*innen gehört seit jeher zu den Grundpfeilern der EU. Das Freizügigkeitsrecht aller EU-Bürger*innen darf nicht in Frage gestellt, die Freizügigkeit nicht auf Erwerbstätige reduziert werden. Angesichts des Fachkräftemangels in Deutschland gerade im Gesundheits- und Pflegebereich braucht es grenzüberschreitende Qualifizierungsoffensiven und die Förderung transnationaler Projekte, um den Fachkräftebedarf zu decken ohne gleichzeitig dringend benötigte Fachkräfte aus anderen Regionen abzuziehen.

Partizipation und Willensbildung

Die Mobilisierung und Einbindung zivilgesellschaftlicher Kräfte ist unerlässlich, um die gemeinsamen sozialen Probleme in Europa nachhaltig zu lösen. Die Stärkung des Sozialen in Europa ist auch eine Antwort auf nationalistische Bestrebungen, die Errungenschaften der europäischen Einigung rückgängig zu machen. Die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen muss durch die Europäische Union effektiv unterstützt werden, gerade wenn nationale Regierungen versuchen, soziales und demokratisches Engagement einzuschränken.

Finanzmärkte regulieren

Einige Mitgliedsstaaten der EU leiden noch immer unter den Folgen der Finanzkrise. Eine konsequente Regulierung der Finanzmärkte ist unabdingbar. Spekulative Finanztransaktionen müssen eingedämmt werden. Wirtschaftliche Ungleichgewichte in der EU müssen effektiver als bisher abgebaut und die sozialpolitische Koordinierung gestärkt werden. Der Europäische Stabilitätsmechanismus ist zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) unter Kontrolle des EPs auszubauen.

Haltung zeigen in Europa.

Hintergründe und Bedeutung des neuen Grundsatzpapiers: Mehr Soziales in Europa

In einem jüngst verabschiedeten Grundsatzpapier fordert der Paritätische ein neues Leitbild für ein soziales und demokratisches Europa – ein Europa, das seinen Fokus von den wirtschaftlichen Freiheiten auf die Verantwortung für die Menschen lenkt. Der Paritätische bekennt sich klar zum Ziel eines gemeinsamen europäischen Raums der Freiheit, Solidarität, Teilhabe und der Rechtsstaatlichkeit. Aus Sicht des Paritätischen muss sich das vereinte Europa ambitionierten sozialpolitischen Zielen verschreiben. Es braucht eine positive Vision einer Gemeinschaft, die danach strebt, die Lebensbedingungen der Menschen in Europa so zu gestalten, dass alle Menschen in Europa frei von Existenzängsten leben können und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht wird.

Für den Paritätischen bedeutet die neue europapolitische Positionierung einen Kurswechsel. Bisher hat sich der Verband vor allem dafür eingesetzt, die Zuständigkeit für Sozialpolitik bei den Nationalstaaten zu halten, um eine Abwärtsspirale bei den sozialen Standards zu verhindern. Den entscheidenden Anstoß, diese defensive Stellung zur EU zu überdenken, gab die desaströse Sparpolitik, die die EU 2010 unter deutscher Hegemonie einleitete. Mit harten Sparmaßnahmen sollte die Eurokrise überwunden werden. Die Opfer dieser neoliberalen Krisenbewältigung waren die Bevölkerungen in Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien. Viele mussten erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen, Sozialleistungen wurden massiv gekürzt, die Arbeitslosigkeit stieg teils dramatisch an. Eine ganze Generation junger Erwachsener sah sich ihrer Hoffnung auf eine gute Zukunft beraubt. Für einen Verband, der sich die Bekämpfung von Armutund sozialer Ausgrenzung auf die Fahnen schreibt, dessen Mitgliedsorganisationen zahlreiche EU-weite Projekte verantworten, erschien es unangemessen, der neoliberalen Politik auf europäischer Ebene nichts entgegenzusetzen. Vor dem Hintergrund der europäischen Austeritätspolitik wurde für den Paritätischen klar: Es braucht eine Beschlusslage, die es dem Verband erlaubt, sich in die europäische Politik einzumischen – und für ein soziales und demokratisches Europa zu kämpfen. Das leistet das neue Grundsatzpapier: Es ermöglicht dem Paritätischen und seinen Mitgliedsorganisationen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa Haltung zu zeigen.

Angesichts einer wiedererstarkenden Rechten kommt dieser europapolitischen Neuausrichtung auch im Kampf gegen Nationalisten und Rechtsextreme besondere Bedeutung zu. Nicht nur in Deutschland sehen sich diejenigen im Aufwind, die Hass und Ressentiments gegen Geflüchtete und Minderheiten schüren, den Rechtsstaat und unabhängige Gerichte angreifen, Menschenrechte einschränken und das Asylrecht abschaffen wollen. Vor diesem Hintergrund haben viele Mitgliedsorganisationen in den letzten Jahren verstärkt dafür geworben, die Paritätischen Werte offensiver zu verteidigen. In der Folge wurden Grundsätze und Werte des Verbandes intensiv diskutiert: Was heißt es aktuell für das Paritätische Fundament – die Gleichwertigkeit aller Menschen – einzustehen? Die Antwort fiel klar und deutlich aus: Als Paritäter*in gilt es, die Menschenrechte stark zu machen und zu verteidigen. Das neue europapolitische Grundsatzpapier schafft die Grundlage, dieser Überzeugung über die Grenzen Deutschlands hinweg Rechnung zu tragen. Haltung zeigen in Europa – das ist bitter notwendig.

Ulrich Schneider
ist Hauptgeschäftsführer
beim Paritätischen Gesamtverband
Wiebke Schröder ist Referentin für
übergreifende Fachfragen

Demos am 19. Mai 2019

Ein Europa für Alle: Deine Stimme gegen Nationalismus!

Nicht nur in Deutschland sehen sich diejenigen im Aufwind, die Hass und Ressentiments gegen Geflüchtete und Minderheiten schüren, Menschenrechte einschränken und das Asylrecht abschaffen wollen. Nationalisten und Rechtsextreme erstarken in ganz Europa. Und sie drohen ihre Macht weiter auszubauen: Zwischen dem 23. und 26. Mai wählen die Bürger*innen der EU-Mitgliedstaaten das Europäische Parlament neu. Die rechten Kräfte hoffen, mit so vielen Abgeordneten wie noch nie in das Europäische Parlament einzuziehen. Soll ihr Vormarsch gestoppt werden, braucht es Kräfte, die sich ihnen entschlossen entgegenstellen. Gemeinsam mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis ruft der Paritätische zu Großdemonstrationen in mehreren Städten auf – am 19. Mai, unmittelbar vor den Europawahlen. Gemeinsam streitet das Bündnis für die Vision eines Europas, das Humanität und Menschenrechte verteidigt, und für Demokratie, Vielfalt und Meinungsfreiheit steht. Ein Europa, das soziale Gerechtigkeit garantiert und einen grundlegenden ökologischen Wandel und die Lösung der Klimakrise vorantreibt. Es ist Zeit Haltung zu zeigen: Für ein demokratisches und solidarisches Europa!

Mehr Infos: www.paritaet.org

Menschenrechte schützen - Konzernklagen stoppen!

Paritätischer unterstützt europaweite Kampagne

Ein breites Bündnis von über 150 europäischen Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen hat im Januar die Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen“ mit einer Petition gestartet.

Der Paritätische unterstützt die Kampagne für gesetzliche Rechenschaftspflichten von Konzernen und gegen Investor-Staat-Schiedsgerichte (ISDS), einem parallelen, einseitigen und unfairen Justizsystem für Konzerne. Handelsabkommen wie das zwischen der EU und Kanada ausgehandelte CETA ermöglichen Konzernen Zugang zu diesen speziellen Schiedsgerichten.

Sie erlauben es Konzernen Regierungen zu verklagen, wenn diese zum Beispiel Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitnehmerrechte stärken wollen. Diese Paralleljustiz für Konzerne untergräbt eine gemeinwohlorientierte Politik in Europa und im globalen Süden.

Rights for people, rules for corporations
STOP ISDS

“Es kann nicht sein, dass Konzerne von einem privaten globalen Justizsystem profitieren, während viele Betroffene von Menschenrechtsverstößen durch Konzerne keine Möglichkeit haben, zu ihrem Recht zu kommen”, so Ulrich Schneider.

Das Bündnis fordert ein Ende der Sonderrechte für Konzerne und ein internationales Abkommen, um Konzerne für Menschenrechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen und Betroffenen Zugang zur Justiz zu gewährleisten. Gut eine Woche nach Start der Kampagne hatten bereits mehr als 290.000 Menschen die Petition unterzeichnet.

Auf der Seite des Bündnisses können auch Sie sich beteiligen:

stopisds.org/de/aktion/

Europäische Asylpolitik

„Desperate Journeys“ so betitelt der UN Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) seinen Bericht über Flüchtlinge und Migranten, die im vergangenen Jahr versucht haben, nach Europa zu kommen. Rund 140.000 Menschen sind 2018 über das Mittelmeer nach Europa geflohen, ein deutlicher Rückgang gegenüber den Vorjahren. Mindestens 2.300 von ihnen sind auf diesem Weg ums Leben gekommen – es ertranken also durchschnittlich sechs Personen pro Tag! Andere wurden bereits kurz nach ihrer Abreise von der libyschen Küstenwache aufgriffen. Sie landen dann in der Regel erneut in von Milizen betriebenen Lagern, wo sie unter erbärmlichen Bedingungen leben – oder sich freikaufen – müssen. Hier sind Folter und Misshandlungen an der Tagesordnung und selbst das Auswärtige Amt spricht von „KZ-ähnlichen Zuständen“. Die libyschen „Seenotretter“ und die Milizen, die die Lager betreiben, sind, so hat es kürzlich auch die italienische Staatsanwaltschaft festgestellt, nicht selten identisch. Das hält die EU bedauerlicherweise aber nicht davon ab, mit diesem „Regime“ eng zu kooperieren und es zu finanzieren.

Die EU hat in den vergangenen Jahren mit einer Vielzahl von Maßnahmen auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen reagiert. Dazu gehören auch eine Einschränkung der staatlichen Seenotrettung und nun auch eine nahezu vollständige Behinderung der von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen betriebenen Seenotrettung. Diese Vorgehensweise ist weder mit den völkerrechtlichen noch den humanitären Verpflichtungen Europas vereinbar.

Gewiss: auch in Zeiten, in denen es eine intensivere europäische Seenotrettung (insbesondere die großangelegte Seenotrettungsaktion „mare nostrum“ der italienischen Marine) gab, sind viele Menschen im Mittelmeer ertrunken. Langfristiges Ziel kann es daher nicht sein, einen Zustand aufrecht zu erhalten, der weiterhin zehntausende Menschen zwingt, über das Mittelmeer zu fliehen. Aber man rettet niemanden, indem man die Seenotrettung einstellt und behindert. Eine erste Forderung muss es sein, dass sich die europäischen Staaten schleunigst wieder an einer effektiven Seenotrettung beteiligen, für die im Mittelmeer Geretteten Verantwortung übernehmen und ihnen in Europa Zugang zu einem fairen Asylverfahren ermöglichen. Diese Aufgabe darf man freilich nicht nur den Mittelmeer-Anrainerstaaten aufbürden, es bedarf vielmehr einer solidarischen Regelung hinsichtlich der Verteilung der im Mittelmeer Geretteten.

Zentrale Anlaufstelle für Gerettete fehlt

Mitte 2018 hatte die EU Kommission andere Überlegungen vorgestellt, was künftig mit im Mittelmeer Geretteten geschehen solle. Man wollte die Betroffenen entweder in „Ausschiffungsplattformen“ an nordafrikanische Länder übergeben oder aber in zentralen Lagern in einzelnen europäischen Ländern unterbringen. Diese Pläne – so scheint es – sind gescheitert: Es findet sich bisher in Europa kein Land, welches bereit wäre, als zentrale Anlaufstelle die im Mittelmeer Geretteten aufzunehmen – und sie dann innerhalb der EU zu verteilen. Und es findet sich erst recht kein Staat auf dem afrikanischen Kontinent, der bereit wäre eine „Ausschiffungsplattform“ anzubieten, zu welcher die im Mittelmeer Geretteten zurückgebracht werden sollen.

Gescheitert ist auch das seit mehreren Jahren praktizierte „Hotspot Konzept“ an europäischen Außengrenzen. Auch drei Jahre nach dem EU-Türkei-Deal ist die Situation in den Hotspots auf den griechischen Inseln für die Asylsuchenden katastrophal – und das, obwohl Finanzmittel in erheblichem Umfang zur Verfügung gestellt wurden. Die bisherigen Erfahrungen haben deutlich gemacht, dass in solchen Lagern an den Außengrenzen Europas die Betroffen häufig über Jahre hinweg unter elenden Bedingungen leben müssen und dass dort auch kein Zu-

gang zu einem fairen und effektiven Asylerfahren gewährleistet werden kann.
Es macht angesichts der bisherigen Erfahrungen daher keinen Sinn, weiter an solchen „Hotspot"-Modellen festzuhalten. Zielführender ist es, die Asylsuchenden nach der Ankunft in einem europäischen Land zügig auf die verschiedenen EU Mitgliedstaaten zu verteilen. Ein starres Verteilungssystem, in das alle EU Staaten einbezogen werden, wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Es scheitert am Widerstand verschiedener europäischer Staaten. Es scheitert aber auch, wenn dabei nicht auch die Perspektiven der Flüchtlinge in stärkerem Maße berücksichtigt werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre es, wenn anerkannten Flüchtlingen in der EU das Recht auf Freizügigkeit eingeräumt würde.

Fokussierung auf Kontrolle der Außengrenzen

Solange man in der zentralen Frage, wie die Asylsuchenden in der EU zu verteilen sind, keine Einigung erzielt hat, sind auch die sonstigen Überlegungen hinsichtlich einer Neufassung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) auf Eis gelegt. Ein Durchbruch noch vor der Wahl des Europäischen Parlaments im Mai erscheint unrealistisch. Mindestens neun Entwürfe für eine Neuregelung des Europäischen Asylsystems liegen auf dem Tisch, die nicht nur auf eine stärkere Angleichung der europäischen Asylpolitik abzielen, sondern vor allem auf eine stärkere Kontrolle der Außengrenzen und eine Auslagerung des Flüchtlingsschutzes und der Migrationskontrolle.

Insbesondere die Sicherung der Außengrenzen und die Reduzierung der Zahl der Europa erreichenden Schutzsuchenden stellt den kleinsten gemeinsamen Nenner der europäischen Asylpolitik dar. Und diese Politik ist erfolgreich, wie man an den stark rückläufigen Zahlen Asylsuchender in Europa erkennen kann. Gut 600.000 waren es 2018, ein Rückgang von 50 Prozent gegenüber dem Jahr 2015. Dass viele der Geflüchteten vor Krieg, Bürgerkrieg oder Verfolgung geflohen sind, wird schon aus der Liste der Hauptherkunftsländer ersichtlich: Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, Pakistan.

Der große Wunsch nach einem gesteuerten Verfahren

Bei der Weiterentwicklung der europäischen Asylpolitik geht es im Kern auch um die Zukunft des individuellen Asylrechts. Soll es dieses perspektivisch noch geben, oder soll es durch ein Gnadenrecht ersetzt werden, welches es ins Belieben der EU- Staaten stellt, wie viele Flüchtlinge sie aufnehmen wollen („Obergrenze")? Dass es besser ist, wenn Flüchtlinge die Möglichkeit haben, im Rahmen von humanitären Aufnahmeprogrammen, Resettlementprogrammen, mit humanitären Visa oder im Rahmen der Familienzusammenführung nach Europa zu kommen, als wenn sie sich der gefahrvollen, oft tödlichen Reise über das Mittelmeer aussetzen, ist offensichtlich. Das darf aber keine Rechtfertigung sein, all denen, die außerhalb solcher geregelter Verfahren an die europäischen Grenzen gelangen, den Zugang zu einem Asylverfahren zu verwehren. Das ist ein klarer Verstoß gegen das völkerrechtlich verbriefte „Refoulementverbot", das verbietet, Schutzsuchende in Staaten zurückzuweisen, in den ihnen Verfolgung, Folter oder andere schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen drohen.

Zudem ist festzuhalten, dass die oftmals geforderten „legalen Zugangswege bisher doch nur in geringem Umfang existieren. Weltweit hat der UNHCR einen Neuansiedlungsbedarf für 1,4 Millionen Flüchtlinge angemeldet – die EU hat 34.000 Plätze zur Verfügung gestellt. Die Möglichkeiten der legalen Einreise für Familienangehörige von subsidiär Geschützten wurden gerade eingeschränkt. Humanitäre Visa – die Möglichkeit etwa der Asylantragstellung bei einer deutschen Botschaft, gibt es nicht. Und wie man an der aktuellen Diskussion um das Fachkräfteeinwanderungsgesetz erleben kann, ist hierzulande die Bereitschaft, geringqualifizierte Personen aus Drittstaaten, etwa zum Zwecke der Ausbildung einreisen zu lassen, gering. Der Verweis auf legale Zugangswege läuft also häufig – leider – ins Leere.
Es gibt – nach wie vor – in vielen Ländern Europas eine starke Zivilgesellschaft, die sich für die Rechte geflüchteter Menschen einsetzt und konkrete Hilfe für sie organisiert. Es gibt auch immer mehr Kommunen, die sich bereit erklären, zusätzlich Flüchtlinge aufzunehmen, Eine Aufgabe für die Zukunft wird es sein, diese europäische Zivilgesellschaft mehr zu bündeln, damit sie stärkeren Einfluss auf die zukünftige Ausgestaltung der europäischen Flüchtlingspolitik nehmen kann. Dabei sollte sie auch die europäische Politik der „Fluchtursachenbekämpfung" in den Blick nehmen. Unter dieser Überschrift fördert die EU derzeit eine Fülle von Maßnahmen und Projekten. Aber dienen die Projekte tatsächlich vorrangig der Fluchtursachenbekämpfung oder eher der Migrationssteuerung? Eine europäische Politik, die darauf abzielt, durch frühzeitige Abschottung und Ausbau der Kontrollen in den afrikanischen Ländern die Mobilität innerhalb Afrikas einzuschränken, stünde im Widerspruch zu den Zielen, die sich die Afrikanischen Staaten in der Agenda 2063 gegeben haben. Dort wird gerade in der Förderung der Bevölkerungsmobilität ein zentrales Mittel für den wirtschaftlichen Aufschwung der afrikanischen Länder gesehen.

Harald Löhlein ist Leiter
der Abteilung Migration
und internationale Kooperation
beim Paritätischen Gesamtverband

Drei Fragen an Prof. Dr. Björn Hacker zur Europäischen Säule sozialer Rechte

Prof. Dr. Björn Hacker ist Professor für Wirtschaftspolitik. Er lehrt seit 2014 an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Berlin. 2010 schloss er seine Promotion über das europäische Sozialsystem ab. Zu seinen Arbeits- und Forschungsschwerpunkten gehören die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, ökonomische und politische Integrationsprozesse, Transformation von Wohlfahrtsstaaten, soziale Dimension der EU und Makroökonomie. Eine Besprechnung seines aktuellen Buches „Weniger Staat, mehr Politik" findet sich in dieser Ausgabe auf Seite 32.

Herr Prof. Dr. Hacker, „Die europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) soll neue und wirksamere Rechte für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten", so heißt es auf der Homepage der Europäischen Kommission. Wird sie diesem Anspruch gerecht?

Derzeit leider nicht. Was 2017 groß als „soziale Rechte" proklamiert wurde, ist nicht Bestandteil des europäischen Primärrechts und für die Bürgerinnen und Bürger nirgendwo einklagbar. Es sind vielmehr 20 Grundsätze zur Sozialpolitik aufgeschrieben worden, auf die sich alle Mitgliedstaaten verständigen konnten: vom lebenslangen Lernen über gerechte Entlohnung bis zu angemessenen Rentenleistungen. Das darf man nicht zu gering schätzen, schließlich sind die Wohlfahrtsstaaten in der EU sehr unterschiedlich organisiert.

Doch mit rein deklatorischen Rechten kann sich das Soziale Europa nur im Schneckentempo entwickeln und wird weiter unter der Dominanz der Wirtschaftsintegration leiden. Das zeigt sich auch in der faktisch nicht existierenden politischen Debatte um die Säule sozialer Rechte in Deutschland: Wo das Land im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Staaten steht, ist ständiges Thema in der Öffentlichkeit. Dagegen ist die relative soziale Lage ein Nischenthema für Expertinnen und Experten.

Wenn Sie konkret eine Sache an der europäischen Säule sozialer Rechte ändern könnten: Was wäre das?

Die wohlklingenden Formulierungen über „angemessenen" Sozialschutz müssten mit Mindeststandards und Zielwerten konkretisiert und in einem Sozialprotokoll zum Vertrag von Lissabon verbindlich gemacht werden. Heute vergleicht die Europäische Kommission zwischen den Mitgliedstaaten ein Set an Indikatoren, das die Umsetzung der Säule sozialer Rechte messen soll. Dieses „Soziale Scoreboard" ist ein Anfang, doch ohne quantifizierbare politische Ziele verpufft die Wirkung. Ideen für die praktische Umsetzung wären etwa eine Mindestlohnnorm bei 60 Prozent des jeweiligen nationalen Medianlohns, ein Rahmen für existenzsichernde Grundsicherungssysteme in Abhängigkeit der nationalen Armutsgefährdungsquote oder ein Korridor für Sozialschutzausgaben pro Kopf entsprechend der langfristigen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts.

Wichtig dabei ist: es geht nicht um den Bau eines einheitlichen Sozialsystems, sondern um Verhinderung von Sozialdumping und Befeuerung sozialer Aufwärtskonvergenz. Statt „one-size-fits-all"-Zielen benötigen wir einen sozialen Rahmen in Europa, der sich an nationalen Größen und Bedürfnissen orientiert.

Was wäre nötig, um das Soziale in Europa insgesamt zu stärken?

Trotz aller Unterschiede in der Organisation des Sozialschutzes in den Mitgliedstaaten existiert ein europäischer Konsens über einen interventionsfähigen und regulierenden Staat, die Absicherung der großen Lebensrisiken und die Vermeidung von Armut über auf Steuern und Beiträgen beruhenden Sozialsystemen. Wir müssen dies so umrissene Europäische Sozialmodell wieder stärker als ureigenes Erfolgsprodukt betrachten. Es zu schützen und stark zu machen im Umgang mit Globalisierung, Digitalisierung und neuen gesellschaftlichen Herausforderungen sollte ein zentrales Anliegen der EU werden.

Die Säule sozialer Rechte spricht richtige Themen an, doch ein Soziales Europa erfordert konkrete politische Gestaltung. Im Binnenmarkt und der Währungsunion heißt dies, der Marktgläubigkeit einen regulierenden Rahmen entgegen zu stellen. Im europäischen Wettbewerb sollen sich die Unternehmen behaupten, nicht die Wohlfahrtsstaaten auseinanderdividieren.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

Der Geruch von Armut

Das Quartier Dortmunder Nordmarkt ist oftmals erste Anlaufstelle von Neueinwanderern aus Rumänien und Bulgarien. Weil viele keine Chance in ihren Heimatländern sehen, suchen sie ihr Glück in Deutschland. Das Team des Planerladens nimmt sich ihnen an und hilft bei der Suche nach Arbeit und Wohnungen. Ein schwieriges Unterfangen, wissen die Mitarbeiter.

Um 8.20 Uhr standen alle 70 im Planerladen bei Gamze Çalışkan auf der Matte: Das Ordnungsamt hatte eines der Dortmunder Problemhäuser in der Nordstadt geräumt. Somit wurden viele obdachlos. „Darunter Schwangere und viele Kinder“, erinnert sich Çalışkan. Die Sozialarbeiterin und ihre Kollegen vom Planerladen vermittelten: begleiteten die Betroffenen zum Mieterverein und zum Sozialamt.

Seit 1982 gibt es den Planerladen in der Dortmunder Nordstadt. Die Arbeit des Vereins zielt auf die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Anwohner ab. Die Mitarbeiter, oftmals mit Migrationshintergrund, planen Veranstaltungen, klären auf und beraten ihre Klienten zu ihren Problemen. Wie an jenem Morgen, als Gamze Çalışkan und ihre Kollegen 70 Menschen vor der Obdachlosigkeit bewahren mussten.

Der Bulgare Hasan Naskow war einer von ihnen, seine Frau hochschwanger. Zusammen mit 68 anderen lebten sie auf engstem Raum, ein Matratzenlager. Er erinnert sich: Überall lagen Sachen, Schuhe, Strümpfe herum, „es war ekelig“. „Das ist ein Geschäft für die Vermieter“, weiß Çalışkan vom Planerladen und rechnet vor: Von jedem Mieter wurden 350 Euro kassiert, dabei lebten vier bis fünf Personen zusammen in einem Zimmer bei vier Wohnungen. Auch in der Küche und dem Flur. Viel Geld für die Vermieter, aber die baulichen und hygienische Zustände – katastrophal.

Zirka 100 dieser „Ekelhäuser“ zählte die Nordstadt 2007. „Als Folge schlechter Bewirtschaftung und spekulativer Vorgänge standen die Häuser schon länger leer und verwahrlosten“, erklärt ein Mitbegründer des Planerladens, Reiner Staubach. Zirka 4.300 Menschen, mehr als 50 Prozent der Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien in Dortmund, sind in der Nordstadt untergekommen. „Zuwanderer aus bestimmten Regionen verteilen sich scheinbar selbstselektiv auf bestimmte Ankunftsstadtteile, weil die Erstankömmlinge durch Informationen aus erster Hand den Nachzüglern Orientierungshilfe liefern“, erklärt der Stadtplaner.

Keine Chancen auf dem normalen Wohnungsmarkt

Die Mallinckrodtstraße im Quartier Nordmarkt ist bekannt dafür, dass hier Bulgaren und Rumänen zusammenkommen. Betroffene Gebäude sind schnell zu finden, Klingelschilder nur schlecht oder unkenntlich beschriftet, mehrere Namen übereinandergeschrieben. „Da bekommen die oft Ärger mit den Ämtern wegen der Meldepflicht, die begreifen die Wichtigkeit von Klingelschildern erst, wenn ernste Probleme da sind“, erklärt Sozialarbeiterin Gamze Çalışkan bei einem Rundgang. Heruntergelassene Jalousien verdreckt und durchlöchert, ein Blick ins Haus zeigt zerstörte Briefkästen. Für viele Neuzuwanderer würden die heruntergekommenen Gebäude dabei die letzte Zufluchtsmöglichkeit darstellen, denn auf dem normalen Wohnungsmarkt hätten sie kaum Chancen.

„Es ist sehr schwierig eine Wohnung und Arbeit zu finden“, weiß Çalışkan. Auch auf dem Arbeitsmarkt werde die Lage der Zuwanderer ausgenutzt: „Keiner von denen bekommt Mindestlohn.“ Die Profiteure arbeiten mit unrechten Mitteln: Im Planerladen haben die Mitarbeiter schon viele unzulässige Arbeits- und Mietverträge gesehen. So verlangten Vermieter hohe Transaktionskosten, nicht wenige Neuzuwanderer müssten eine Art Provision an Wohnungsbesitzer bezahlen. Normale Wohnungen seien schwer zu bekommen, viele Besitzer würden offen zugeben, dass sie nicht an Bulgaren vermieten. „Es gibt viel Diskriminierung“, sagt Çalışkan.

Die „Problemhäuser“ in der Nordstadt sind schnell zu finden: Der Hauseingang zeigt einen Blick ins Innere, Briefkästen sind zerstört, der Zusand der Fassaden ist katastrophal.

Die Mehrheit der bulgarischen und rumänischen Neuzuwanderer in der Nordmarkt gehöre den Rom-Völkern an und damit zu der größten Minderheit Europas – laut EU-Kommission zur stärksten diskriminierten Gruppe. Nach Stadtplaner Staubach leiden die Roma zudem am meisten unter rassistisch motivierten Straftaten sowie unter sozialer Ausgrenzung und Verelendung. Die Integration des Wandervolks kommt in den EU-Mitgliedstaaten eines kürzlich veröffentlichten Berichts der EU-Kommission nur schleppend voran, trotz EU- Vorgaben zur Integration der Roma. Auch in Dortmund stoße laut der Mitarbeiter das Volk auf Vorurteile und habe mit extremen Ungleichbehandlungen zu kämpfen.

Gamze Çalışkan vom Planungsladen zeigt auf ein modernisiertes Haus im Quartier Nordmarkt, die Sozialarbeiterin wohnt selbst in der Gegend.

Bestehende Systeme funktionieren nicht

Ein Zimmer, viele Betten, ein Couchtisch in der Mitte. Monatelang hat die Sozialarbeiterin Çalışkan noch daran gedacht und den Geruch in der Nase. Am Tisch kochte eine Mutter einer fünfköpfigen Familie das Essen auf einer elektrischen Pizzapan. Ein Gerät für alles, ein Raum für alle, zum Schlafen, waschen, leben und essen. „Dieser Essensgeruch, der in der Wohnung hing, das war der Geruch von Armut“, das mit anzusehen und wenig tun zu können, das habe ihr so wehgetan.

Sie ist müde: Çalışkan wäre froh, wenn bereits bestehende Systeme funktionieren würden. „Dafür kämpfen wir“, sagt sie. Vieles ihrer Arbeit hätte mit Formalitäten vom Jobcenter und Familienkasse zu tun, Miet- oder Arbeitsverträge prüfen, aufklären. „Einiges hat sich schon getan“, meint sie. Seit 2011 agieren im Dortmunder „Netzwerk EU-Armutszuwanderung“ unter der Federführung des Sozialdezernats Wohlfahrtverbände und andere lokale Akteure.

Im Stadtteil sind die Helfer präsent, das Ordnungsamt hat ein „Fallmanagement Problemhäuser“ eingerichtet und befindet sich mit einem Büro an der Mallinckrodtstraße. Der Planerladen ist an mehreren Standorten mit Ladenlokalen oder Büros vor Ort, an vielen Stellen kann man Ladenlokale von Sozialdiensten entdecken. Laut EU-Kommission hat sich bei der Bildung und Armutsbekämpfung die Lage der Roma in der EU zwar verbessert, im Gesundheitsbereich und beim Zugang zu Beschäftigung und Wohnungen seien hingegen kaum Verbesserungen zu verzeichnen.

Sanierung kann zu Verdrängung führen

Nicht alle Ansätze greifen: In Dortmund wurden 2013 von der Dortmunder Gesellschaft für Wohnen mbH (DOGEWO21) 30 Problemimmobilien im Norden erworben. Mittels eines Fonds sollten die Gebäude instandgesetzt werden. Die Akteure wurden 2014 dafür mit dem Preis „Soziale Stadt“ ausgezeichnet.

Den Roma half es nicht: Bei der späteren Belegung sollte eine andere Zielgruppe angesprochen werden, um „eine Vermischung und Stabilisierung“ zu gewährleisten und keine Neider auszulösen, meint Planerladen-Vorstandsmitglied Staubach. „Beispiele aus Dortmund und Duisburg zeigen, dass die an sich begrüßenswerte Sanierung von Problemhäusern zur Verdrängungsstrategie gerät.“ Das Problem wird verlagert.

Zahlreiche Veranstaltungen sowie Aufklärungsarbeit des Planerladens hätten Wirkung gezeigt: Ein Schritt in die richtige Richtung sei nun von der Stadt getan. Im Februar 2017 übertrug sie im Rahmen eines sozialen Bewirtschaftungsvertrags der Stiftung Soziale Stadt und der Grünbau GmbH die Aufgabe der Sicherung von 40 Wohneinheiten plus zwei Gewerbeeinheiten am Nordmarkt, die unter Zwangsverwaltung standen und sicherte so den Bestand ohne Verdrängung der Bewohner.

An anderer Stelle gehen Räumungen weiter, ohne dass Vorsorge geleistet wird. Nach der Hausräumung von Hasan Naskow kamen einige der Bewohner in Übergangsheimen unter, einige gingen nach Bulgarien zurück. Auch Naskow wurde nahegelegt, in sein Heimatland zurückzukehren, obwohl er eine sozialabgabenpflichtige Beschäftigung hat. Da übernachtete Naskow drei Monate lang in bulgarischen Cafés, seine schwangere Frau nutzte eine Rückkehrhilfe und gebar das Kind in der alten Heimat, bevor sie wieder zu ihrem Mann stieß.

Annabell Fugmann

Weitere Informationen unter:
www.planerladen.de

EMIN: Für eine garantierte Grundsicherung für alle – europaweit

Die Europäische Union steckt in der Krise. Das ist offenkundig. Der Umgang mit der Finanzmarkt- und Eurokrise führte vor allem im Süden Europas zu massiven sozialen Verwerfungen. Im Umgang mit Flüchtlingen versagen die europäischen Regierungen und verweigern sich einer menschenrechtskompatiblen Politik. Insbesondere aber versagt die Europäische Union bei dem Ziel, ein soziales Europa zu schaffen, welches allen Menschen in Europa ermöglicht frei von Existenzängsten zu leben und gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben. Infolge der multiplen Krisen verliert die Europäische Union zunehmend an Unterstützung in der Bevölkerung der Mitgliedsländer. Der „Brexit" – erstmals tritt ein Mitgliedsland aus der Union wieder aus – ist nur das deutlichste Zeichen des Vertrauensverlustes. Die erstarkenden rechten politischen Parteien propagieren eine Rückkehr zu Souveränität der Nationalstaaten.

Die Europäische Union braucht in dieser dramatischen Situation politische Ziele und Politiken, die den Mehrwert europäisches Zusammenarbeit sowohl symbolisieren als auch konkret erfahrbar machen. Das Netzwerk für eine europäische Mindestsicherung („European Minimum Income Network" – EMIN) macht ein Angebot für ein derartiges Ziel. EMIN ist ein informelles Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen auf EU- und nationaler Ebene, in dem sich auch der Paritätische engagiert, und wird vom Europäischen Anti-Armuts-Netzwerk (EAPN) koordiniert. Die zentrale Forderung: Allen Menschen, die in Europa leben, soll ein würdiges Dasein garantiert werden. All die Menschen in Europa, die ihren lebensnotwendigen Bedarf nicht anderweitig decken können, sollen Zugang zu einer auskömmlichen Grundsicherung bekommen. Konkret schlägt das Netzwerk vor, dass eine Europäische Richtlinie erlassen wird, die alle Mitgliedsländer dazu verpflichtet soziale Grundsicherungssysteme zu etablieren und so auszubauen, dass sie gegen Armut und soziale Ausgrenzung schützen. Das EMIN – Netzwerk spricht sich – um Missverständnisse zu vermeiden – nicht dafür aus, dass die Grundsicherung auf der europäischen Ebene angesiedelt wird; die Organisation und die Finanzierung der Grundsicherungssysteme verbleiben jeweils in nationaler Zuständigkeit. Wohl aber spricht sich das Netzwerk dafür aus, dass zentrale Ziele und Standards rechtlich verbindlich auf europäischer Ebene beschlossen und damit für alle Mitgliedsländer verbindlich werden.

In politischen Willenserklärungen ist das Ziel der Sicherung des Existenzminimums schon seit langer Zeit auf europäischer Ebene etabliert. So hat in Fortführung der Ideen der UN-Menschenrechtserklärung der Europarat schon 1961 erklärt, dass „Jedermann" das Recht auf Fürsorge hat, wenn er keine ausreichenden Mittel hat. Ähnliche Erklärungen finden sich auch in Beschlüssen der EU. Und die Europäische Union hat zuletzt 2017 in der „Europäischen Säule sozialer Rechte" unter Nummer 14 formuliert, dass „jede Person, die nicht über ausreichende Mittel verfügt, (...) das Recht auf angemessene Grundsicherungsleistungen (hat), die ein würdevolles Leben ermöglichen (...)." Doch es fehlt diesen Erklärungen die rechtliche Verbindlichkeit. Die Mitgliedsländer bleiben in der Ausgestaltung ihrer Grundsicherungssysteme frei. Die soziale Wirklichkeit sieht daher häufig anders aus: Die Grundsicherung hilft zumeist nicht viel gegen Armut. Denn es wird etwa nicht verhindert, dass Länder gar keine landesweiten Grundsicherungssysteme haben (bislang: Italien, Griechenland) oder bestimmte Personengruppen (wie z.B. junge Menschen in Frankreich oder auch Dänemark) komplett vom Leistungsbezug ausgeschlossen werden. Zentrales Problem ist die Leistungshöhe. Die Leistungshöhe muss den nationalen Umständen entsprechen – eine einheitliche Leistungshöhe für alle Mitgliedsländer scheint wenig sinnvoll, da der jeweilige nationale Entwicklungsstand zu berücksichtigen ist – und ausreichend hoch sein, um das Ziel der Armutsvermeidung (zumindest in der mittleren Perspektive) zu erreichen. Gerade an diesem letzten Kriterium scheitern die meisten Grundsicherungssysteme: die Leistungen liegen regelmäßig deutlich unter der Armutsgrenze. Dies gilt auch für die Grundsicherungsleistungen in Deutschland, die im europäischen Vergleich eher unterdurchschnittlich ausfallen. Eine Kritik, die der Paritätische gegenüber Hartz IV regelmäßig vorträgt.

EMIN formuliert im Kern drei Qualitätsstandards, die durch eine Europäische Richtlinie gesichert werden müssen: die Leistungen müssen angemessen hoch („adequate"), zugänglich („accessible") und ermöglichend („enabling") sein. Diese Kriterien wären im Einzelnen weiter zu konkretisieren. Sie weisen aber einen Weg zu einem Europa, im dem die Menschen frei von Existenzängsten leben können. Dafür wirbt das Netzwerk durch verschiedenste Aktivitäten, im vergangenen Jahr beispielsweise mit einer Info-Bustour durch ganz Europa (http://eminbus.eu/bus-tour/).

Dr. Andreas Aust ist Referent für Sozialpolitik in der Paritätischen Forschungsstelle.

Wer die Anliegen von EMIN unterstützen will, kann die laufende online Petition „Garantierte Mindesteinkommen. Niemand verdient weniger, alle profitieren" mitzeichnen. Siehe: www.emin-eu.net

Die „Griechenlandkrise“: Zwei Griechinnen berichten

Fast zehn Jahre ist es her, dass der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou öffentlich erklärte, sein Land wäre so stark verschuldet, dass es die Kredite aus eigener Kraft nicht mehr tilgen könnte. Die Schuldenlast lag bei 350 Milliarden Euro. Es war das, was als die „Griechenland-Krise“ in die Geschichte eingehen wollte und deren Erschütterungen man weit über die Landesgrenzen hinaus spürte. Die Europäische Union reagierte hart, auch aus Angst um den Euro und die Stabilität der Banken, die Griechenland über Jahrzehnte großzügige Kredite einräumte. Sie half Griechenland gemeinsam mit Internationalem Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB) und forderte zugleich harte Einschnitte in der Ausgabenpolitik des Landes.

In der Folge musste Griechenland, um weiterhin Geld von der EU zu bekommen, sogenannte „Sparpakete“ schnüren, deren Inhalt neben stärkerer Ahndung von Steuerflucht im Wesentlichen aus sozialen Einschnitten bestand. Die Pakete enthielten die Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre bei gleichzeitiger Senkung des Rentenniveaus, Gehaltskürzungen im öffentlichen Sektor, Anhebung der Mehrwertsteuer und Milliardenkürzungen im Gesundheitssystem, um nur einige Beispiele zu nennen. Und sie trafen natürlich zu allererst die einfache Bevölkerung.

Viele Griechen emigrierten aus dem Land, in dem sie für sich keine Perspektive sahen und suchten ihr Glück woanders. Einige zog es auch nach Berlin und mit zwei von ihnen konnten wir uns über ihre Erfahrungen, Meinungen und Wünsche austauschen. Neben ihrem Status als Exil-Griechinnen in Berlin haben sie noch etwas gemeinsam: Sie beide heißen Maria.

Maria Oikonomidou ist Sprecherin beim Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Gesamtverband und arbeitet außerdem bei VIA, dem Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V., wo ich sie treffe. Maria kam 2011 nach Deutschland und bezeichnet sich selbst als „Kind der Krise.“ Die junge Frau hat zwei Masterabschlüsse, einen in Museologie und einen in Soziologie. In Griechenland arbeitete sie im Kulturbereich, also einer Branche, an der traditionell viel gespart wird und in der Krise erst recht. Hochqualifiziert aber ohne jegliche Perspektive verließ Maria ihre Heimat Thessaloniki Richtung Deutschland, lernte schnell Deutsch und bekam in Berlin eine Stelle bei einem griechischen Verein. Die Erfahrung war aber zunächst ernüchternd: „Die Menschen in der griechischen Community waren nicht gerade offen für neue Leute.“ Nach diversen anderen Jobs, unter anderem im Gastro-Bereich, landete sie 2016 beim VIA.

Die andere Maria heißt Brand mit Nachnamen. Im Gegensatz zu ihrer Namensvetterin hat die 33-Jährige, deren Vater Deutscher und deren Mutter Griechin ist, bis zu ihrem zehnten Lebensjahr in Unterfranken gewohnt, bevor es nach Thessaloniki ging. Den Umzug von Deutschland nach Griechenland empfand sie als Umzug in den Dauerurlaub: „Du musst dir das so vorstellen Wie die Deutschen Griechenland kennen, so haben wir Griechenkinder im Ausland das auch gesehen. Du bist einmal im Jahr in der Sonne am Strand dort. Die Idee, das das ganze Jahr zu haben war einfach phantastisch“, erklärt sie mir bei Treffen in einem Café am Boxhagener Platz in Berlin-Friedrichshain.

Auch Maria Brand studierte, und zwar Germanistik, um die Verbindung in ihre deutsche Heimat aufrechterhalten zu können. Nach dem Abschluss 2009 suchte sie ein Jahr lang nach Arbeit, bekam aber nur Angebote mit einem Stundenlohn für drei Euro. Letztendlich entschied sie sich für Berlin, arbeitete zwei Jahre im Start Up-Bereich und machte hier ihren Master in Medien- und Kulturmanagement. Auch hier engagiert Maria sich für ihre Landsleute. Ihr Projekt, das sie mit Freunden betreibt, nennt sich Berlinxcalling. Dabei handelt es sich um eine Webseite für griechischsprachige Menschen in Berlin. Auf www.berlinxcalling.com können sich in erster Linie griechischsprachige Menschen, die neu in Berlin sind, über das kulturelle Leben in der Hauptstadt informieren. Dennoch ist Berlinxcalling mehr als eine reine Infoseite. „Der Hauptgrund, warum wir das gestartet haben, war der Abbau von Integrationsproblemen.“ Auch Hilfestellungen für den Umgang mit Ämtern, bei der Wohnungssuche und der sehr speziellen deutschen Bürokratie sollen bald auf der Homepage zu finden sein. Maria merkte, dass immer mehr Leute kämen, die auch stets die gleichen Fragen hätten. „Entweder sagst du das jedem

Maria Oikonomidou

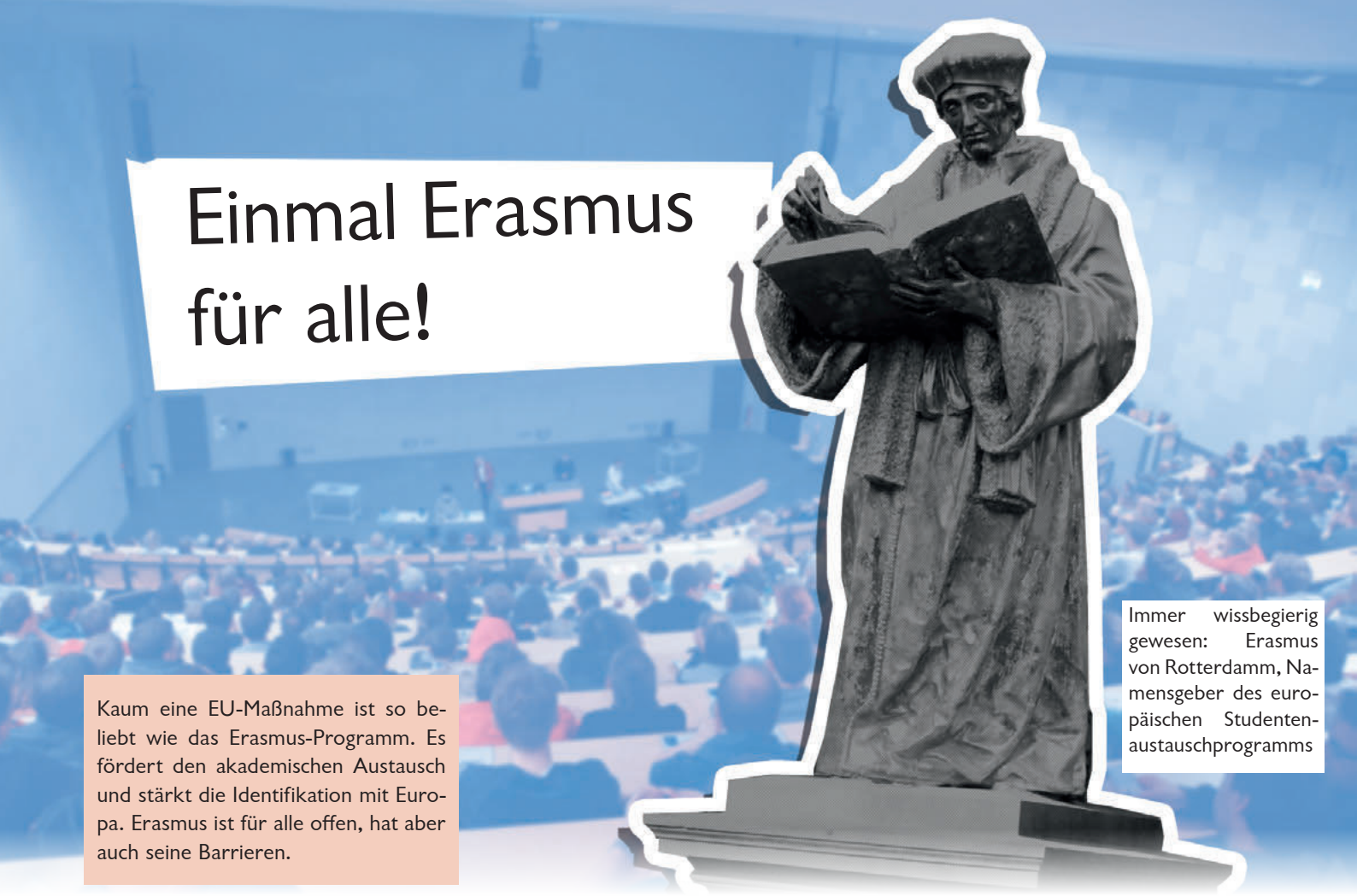
einzeln oder stellst es einmal auf eine Seite.“ Darüber hinaus befindet sich gerade ein Verein in Gründung.
Wie notwendig so eine Homepage ist, erlebte sie selbst. Allein die Eröffnung eines Kontos funktioniere hier völlig anders als in Griechenland. Trotz perfekter Deutschkenntnisse stieß Maria Brand anfangs in Deutschland auf Mauern. Wie soll es dann erst jemandem gehen, der zum ersten Mal in Deutschland ist? Kulturelle Unterschiede beschreibt auch Maria Oikonomidou, aber anderer Natur. Überstunden sind für sie vollkommen normal, auch wenn ihr Chef das nicht so gern sieht. „Aber ich mache das gern und ich frage auch nicht immer“, lacht sie.
Beide haben noch Verbindungen in ihre Heimat und spüren die Folgen der sogenannten Krise auch bei ihren Freunden: Maria Oikonomidou hat Freunde, die einen Doktortitel haben und gerade einmal 900 Euro Brutto verdienen. Maria Brand kennt viele, die mit Mitte 20 wieder zu ihren Eltern ziehen mussten, weil sie sich keine Unterkunft in der Stadt mehr leisten konnten. Ihre inzwischen wieder in Griechenland lebende Oma könnte nur von ihrer griechischen Rente kaum leben und bezieht glücklicherweise noch etwas Rente aus Deutschland.
Selbstverständlich kommt auch irgendwann das Gespräch auf die Politik. Maria Oikonomidou wirkt angesichts der griechischen Politik ernüchtert: „Es ist egal, dass wir eine linke Regierung in Griechenland haben. Am Anfang haben das alle sehr positiv betrachtet. Die Hauptrolle spielt trotzdem die Europäische Union.“ Sie wünsche sich, „dass mehr Menschen in Griechenland in die Politik gehen, die nicht nur eine Meinung haben, sondern diese auch nach außen vertreten können. Aber das ist nicht einfach. Vor 30 Jahren hatten wir noch Politiker, die sich auch eventuell gegen stärkere Länder wie Deutschland oder Frankreich durchgesetzt haben. In den letzten 20 Jahren haben wir immer weniger Politiker, die die Meinung der Bevölkerung vertreten können.“
„Aus meiner Sicht müsste die Troika und die Europäische Union mehr für die Menschen tun. Die europäischen Abgeordneten sind von den Menschen gewählt und sollten das nicht vergessen“, erklärt Maria Oikonomidou auf die Frage, was von Seiten der EU hätte anders laufen müssen. Die EU sei auch ein Grund, warum die rechtsextreme Partei Goldene Morgenröte in Griechenland so stark sei. Diese beschäftigt auch Maria Brand. „Mir macht es Angst, dass die Goldene Morgenröte so stark ist“, sagt sie.
Maria Brand hat aufgrund ihres deutschen Hintergrundes einen anderen Zugang zur griechischen Politik. Sie versuche immer die deutsche und die griechische Perspektive zu sehen. Davon, dass die linke Regierung dem Spardiktat zustimmte, sei sie nicht so enttäuscht wie viele andere, sondern sah keinen anderen Ausweg. „Ich habe damals den Grundgedanken unterstützt, dass sich im Verhältnis von Staat und Gesellschaft etwas ändern muss“, erklärt sie weiter. „Letztendlich haben Bürger für die Fehler anderer bezahlt. Das heißt nicht, dass man sich individuell aus der Verantwortung ziehen soll, aber im Nachhinein hätte noch einiges zusätzlich passieren sollen.“ Ein Problem, meint sie, sei, dass die Griechen auf Parteien eine Art „Heldenblick“ hätten. Dies beträfe gerade frisch gewählte Parteien und Personen in der Politik. Die Vorschusslorbeeren sind groß, die Enttäuschung dementsprechend. „Griechen sind was das betrifft von Null auf 100. Das ist unser Retter, heißt es dann. Griechischer Pathos, sage ich da.“ Maria sieht mit ihrem auch deutschen Blick nüchterner auf Politiker.

Maria Brand

Und was erhofft sie sich von den Europawahlen? „Das Problem mit den Europawahlen ist: Wir wissen zu wenig darüber, wir informieren uns zu wenig“, meint sie. „Ich glaube, wir haben immer noch keine europäische Identität so ausgeprägt , dass wir auf irgendetwas hoffen können. Ich erhoffe mir, dass ein friedliches Europa auch kulturell anläuft. Derzeit haben wir eher ein wirtschaftliches Europa und zum Teil auch politisch. Ich erhoffe mir ein Bewusstsein für eine europäische Identität.“
Ob sie sich eine Rückkehr nach Griechenland vorstellen könne, frage ich Maria Oikonomidou. Sie knüpft das, wenig emotional, an die Möglichkeit, in Deutschland arbeiten zu können. „Vor Weihnachten hatte ich noch keine Bewilligung für mein Projekt. Und da stellte sich mir die Frage: Wenn ich hier nicht arbeiten kann – was mache ich dann hier? Ich könnte zwar auch hier vom Staat leben, aber das möchte ich nicht. Die Frage wurde mir schon häufiger gestellt. Griechenland ist meine Heimat, ich bin dort geboren, aufgewachsen und erst mit 28 nach Deutschland gekommen. Das wird immer so sein.“ Dennoch habe sie auch in Deutschland inzwischen eine Biographie. „Ich würde mich freuen, wenn ich mal wieder zurückkehren kann, aber sicher ist es nicht. Aber es sind ja auch nur zweieinhalb Stunden mit dem Flugzeug von hier aus.“
Maria Brand erzählt mir noch abschließend eine Anekdote, die ihr in Deutschland passierte, in dessen Medien häufig Begriffe wie „Pleitegriechen“ zu lesen waren und suggeriert wurde, dass die Bevölkerung ihre Probleme selbst verschuldete. Eines Abends sei ihr in größerer Runde mal ein 10 Cent-Stück aus der Tasche gefallen. Ein Bekannter hob es auf und legte es mit den Worten „Hier, nimm. Du bist ja eine arme Griechin.“ Sie fand das nicht so komisch.

Philipp Meinert

Einmal Erasmus für alle!



Immer wissbegierig gewesen: Erasmus von Rotterdamm, Namensgeber des europäischen Studentenaustauschprogramms

Kaum eine EU-Maßnahme ist so beliebt wie das Erasmus-Programm. Es fördert den akademischen Austausch und stärkt die Identifikation mit Europa. Erasmus ist für alle offen, hat aber auch seine Barrieren.

Es dauert nur einen kurzen Moment, dann steht die Videoverbindung nach Granada in Spanien. Hier sitzt die Studentin Franziska Cagic in einen dicken schwarzen Wollpulli gehüllt auf dem Sofa ihrer viel zu kalten Wohnung. Tagsüber waren es an diesem Tag im Januar zwar angenehme 15 Grad und Sonnenschein, doch nachts klettern die Temperaturen in der andalusischen Stadt unter null. Im Hintergrund bellt laut der Nachbarshund aus dem Haus von der gegenüberliegenden Straßenseite. Fast um zu zeigen, dass die dünnen Wände nicht nur die Kälte, sondern auch jedes Geräusch der kleinen, aber lebendigen Stadt durchlassen.

Cagic ist eine von knapp 40.000 Studierenden aus Deutschland, die sich jährlich mit dem Erasmus-Programm an eine europäische Universität aufmachen. Ihre Wahl fiel auf Granada, als „Kontrast zu Berlin“, wegen der leckeren Tapas, den Bergen und da die Stadt unter anderen Studierenden nicht so bekannt zu sein schien.

Das Erasmus-Stipendium, dessen Name auf den kosmopolitischen Gelehrten Erasmus von Rotterdam zurückgeht, ist eines der erfolgreichsten Programme der Europäischen Union. Seit dem Gründungsjahr 1987 nahmen mehr als drei Millionen Studierende teil. Sie erhalten, abhängig vom Zielland, zwischen 150 und 500 Euro pro Monat, müssen keine Studiengebühren zahlen und ihre Studienleistungen werden anerkannt. Elf Staaten beteiligten sich anfangs am Erasmus-Programm, heute sind es 34 – darunter alle EU-Staaten, die Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein, die Türkei und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Erasmus vereint damit mehr Länder als die Europäische Union. 2014 wurde das Programm auch für Nichtstudierende ausgeweitet. Erasmus+ umfasst seitdem neben dem Hochschulbereich auch die Bereiche der beruflichen Bildung, Erwachsenenbildung, Schulbildung, Jugend und Sport.

Mobilität von EU-Bürgern erhöhen

Spanien ist bei deutschen Studierenden das beliebteste Austauschland. Gefolgt von Frankreich und Großbritannien. Dass Spanien auf Platz eins ist, versteht Cagic gut. Die 25-jährige Studentin liebt die Sprache, die endlose Gastfreundschaft der spanischen Familie, in der bis tief in die Nacht Tortillas zubereitet werden und die, wie sie sagt, „Konsumpausen während der Siesta“.

Erklärtes Ziel des Erasmus-Programms ist es, die Mobilität von EU-Bürger zu erhöhen und somit die Identifikation mit Europa zu stärken. Erasmus scheint dabei auf einem guten Weg zu sein: 83 Prozent der Erasmus-Absolventen fühlen sich laut einer Erhebung der EU-Kommission aus dem Jahr 2014 als „Europäer“. Erasmus-Studierende sind der Studie zufolge besser international vernetzt und dem Projekt EU aufgeschlossener, als nicht mobile Studierende. 93 Prozent der Erasmus-Studierenden geben an, dass sie durch ihren Aufenthalt im Ausland gelernt haben, den Wert unterschiedlicher Kulturen zu schätzen. Weitere 93 Prozent der Studierenden mit internationaler Erfahrung können sich zudem vorstellen, künftig in einem anderen Land zu leben. Dies trifft bei denjenigen, die nicht im Ausland waren, nur auf 73 Prozent zu.

Auch Cagic glaubt, dass ihr Europa durch ihr Auslandssemester wieder ein Stück näher gebracht wurde. „Erasmus fördert den Austausch zwischen den Ländern und Kulturen“,

sagt sie und schwärmt von der Möglichkeit, einfach mit dem Zug nationale Grenzen überqueren zu können – ohne Passkontrolle. Die Studentin Andrea Schöne geht in ihrer Euphorie noch einen Schritt weiter: „Ich bin eine absolut begeisterte Europäerin."

Zwei Semester hat die 25-Jährige an der Università di Bologna in Norditalien studiert. Schon zu Schulzeiten war es ihr Traum, einmal ins Ausland zu gehen. Den Schüleraustausch in der 8. Klasse hat sie sich damals nicht getraut, „aus Angst, wie sie auf meine Behinderung reagieren". Schöne ist kleinwüchsig. Sie ist 110 Zentimeter groß, kann laufen, benötigt für längere Strecken aber ein speziell für sie angefertigtes Dreirad.

Schöne hörte von anderen Studierenden mit einer Behinderung, dass ihnen die Universitäten Steine in den Weg legten, wenn sie im Ausland studieren wollten. „Daher suchte ich mir von Anfang an einen Studiengang mit einem Pflichtauslandssemester". Ihre Universität, die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, unterstützte ihre Auslandspläne sofort und nahm mit ihrer Wunschuniversität in Italien Kontakt auf.

Unterstützung vom Studentenwerk

Studierende mit Behinderungen können für ihre Auslandsaufenthalte Sonderfördermittel für ungedeckte Mehrkosten beantragen, wie zum Beispiel eine barrierefreie Unterkunft oder notwendige Assistenz. Dennoch schrecken viele von ihnen davor zurück, den Schritt ins Ausland zu wagen. „Es ist schon sehr aufwendig und schwierig alle notwendigen Informationen herauszufinden", erzählt Schöne. Ihre größte Hürde war die Suche nach einer Auslandskrankenversicherung. „Keine deutsche Versicherung wollte mich nehmen." Ihr Studentenwerk unterstützte sie und telefonierte sogar mit dem Bildungsministerium. Doch auch hier konnte keine Lösung für das bekannte Problem gefunden werden. Schöne war bereits in Italien, als sie endlich eine Auslandskrankenversicherung fand, „allerdings eine Französische."

Ob Studierende ins Ausland gehen, hängt auch stark von ihrer sozialen Herkunft ab. Aus der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes geht hervor, dass nur sieben Prozent der Studierenden im Ausland aus einem nichtakademischem Elternhaus kommen, während 13 Prozent mit hoher Bildungsherkunft im Ausland studiert haben. „Ein Auslandsstudium trägt entscheidend zur Persönlichkeitsbildung bei, nicht nur eine fremde Sprache, sondern auch interkulturelle Kompetenz und Selbstorganisation werden geschult", sagt die Pressereferentin von ArbeiterKind.de, Evamarie König. Allerdings stünden einem Auslandsaufenthalt häufig finanzielle Fragen im Wege. „Trotz Auslands-BAföG oder Stipendien wie Erasmus oder DAAD wagen viele Arbeiterkinder den Schritt nicht, weil sie das Risiko scheuen oder die Mehrkosten nicht aufbringen können." Erasmus sei nur ein Zuschuss und würde nie den kompletten Aufenthalt im Ausland finanzieren. Wer keine Rücklagen habe oder von den Eltern mitunterstützt werde, könne sich laut König die Zeit nur schwer finanzieren.

Die EU muss alle mitnehmen

„Damit ein Auslandsaufenthalt im Studium nicht mehr so stark von der Bildungsherkunft abhängig ist, müssen gerade die staatlichen Finanzierungsinstrumente verbessert werden", findet auch Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks und Mitglied im Vorstand des Paritätischen Gesamtverbands. Er fordert beim Erasmus-Programm Mobilitätsstipendien für Master-Studierende statt, wie bisher, Darlehen, und dass das BAföG in alle 47 Bologna-Staaten mitgenommen werden kann.

Meyer auf der Heyde sieht im Erasmus-Programm eine Chance für die Europäische Union. „Alle Programme, die europäische Begegnungen fördern, können die Situation in Europa verbessern." Doch dafür müsse sich die EU bemühen, auch alle mitzunehmen. „Die akademische Elite ist viel globaler und europaoffener. Wir müssen uns auch um die anderen kümmern", sagt Meyer auf der Heyde.

Für Erasmus+ steht derzeit ein Budget von 14,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Für den nächsten Haushalt 2021-2027 hat die EU-Kommission Großes vor: bis zu zwölf Millionen Studierende, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler sowie Fachkräfte im Bildungs- und Jugendbereich sollen an Erasmus+ teilnehmen – drei Mal so viele wie bisher. Dafür will die EU den Erasmus-Haushalt auf 30 Milliarden Euro erhöhen. Das Erasmus-Programm soll damit gestärkt und deutlicher inklusiver werden.

Andrea Schöne bewirbt sich jetzt für ihren Masterstudiengang in Italien. Sie möchte zurück in das Land, in dem vieles so viel leichter war. „Ich habe in Italien so unabhängig gelebt wie noch nie zuvor", sagt sie. Ihre Universität, Cafés und Restaurant seien komplett barrierefrei gewesen. Und in der Disco in Italien wurde sie als Frau wahrgenommen, „nicht als die Frau im Rollstuhl". Noch zwei Wochen, dann muss auch Franziska Cagic wieder zurück in ihre Wahlheimat Berlin. Vorher möchte sie unbedingt noch einmal Snowboarden gehen. Denn „von den Bergen der Sierra Nevada kann man das Meer sehen".

Janina Trebing

Andrea Schöne

Drei Fragen an Martin Roller Paritätisches Jugendwerk Baden-Württemberg

Martin Roller studierte in den Achtzigern Erziehungswissenschaft an der Uni Tübingen und absolvierte eine Ausbildung in Sozialmanagement bei der Diakonischen Akademie Deutschland. Neben seiner Teilzeittätigkeit bei der Werkstatt Parität in den Projekten EPM und Carpo ist er Geschäftsführer beim Paritätischen Jugendwerk Baden-Württemberg, welches auch mit osteuropäischen Jugendlichen arbeitet. Weitere Informationen über die Arbeit des Paritätischen Jugendwerkes in Baden-Württemberg unter www.pjw-bw.de

Herr Roller, das Paritätische Jugendwerk Baden-Württemberg beschränkt seine Arbeit nicht nur auf Ihr Bundesland. Welchen internationalen Aspekt hat Ihre Arbeit?

Für uns ist das Thema europäische Jugendarbeit und der Kontakt zu Jugendlichen aus anderen europäischen Mitgliedsstaaten ein Alltagsthema geworden. Wir haben eine Kooperation im Projekt im Rahmen der EU-Donauraumstrategie mit drei Partnerorganisationen in Rumänien. Das sind sehr unterschiedliche Organisationen, einmal die Jugendstiftung in Bukarest, ein Träger, der aus dem ehemaligen staatlichen Jugendverband entstanden ist. Wir haben Partner in der Nähe von Hermannstadt, ein Kirchensprengel, die sehr viele Kontakte nach Deutschland haben. Und wir haben einen Partner in Klausenburg, beziehungsweise Cluj-Napoca, der dort im anthroposophischen Bereich tätig ist.

Wir sind nicht nur gemeinsam mit Fachkräften aus unseren Mitgliedsorganisationen nach Rumänien gereist und haben Fachkräfte unserer rumänischen Partner nach Deutschland eingeladen, um ihnen die Jugendarbeit in Deutschland zu zeigen, sondern haben gemeinsam mit diesen Partnerorganisationen auch Schulungen für ehrenamtliche Jugendleiter*innen zur Vorbereitung von Ferienmaßnahmen in Rumänien durchgeführt. Mit Jugendlichen aus dem Europäischen Ausland arbeiten jedoch in der Regel unsere Mitgliedsorganisationen; meist im Rahmen von bi- oder trilateralen Jugendbegegnungen oder in sogenannten Workcamps.

Was haben Sie dabei über die rumänischen Jugendlichen und ihre Wünsche lernen können?

In diesen Begegnungen mit Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren ist uns bewusst geworden, wie intensiv Teile dieser Generation in Rumänien (und vermutlich auch anderswo) auf die europäische Perspektive setzen und sich davon eine Verbesserung ihrer Lebenssituation erhoffen. Danach befragt, wo sie sich in drei bis fünf Jahren sehen würden, antwortete die Mehrzahl der Jugendlichen, dass sie sich sehr gut eine Ausbildung, ein Praktikum oder ein Studium in einem anderen EU Staat (vorrangig in Österreich, Deutschland oder Frankreich) vorstellen könnten. Diese Jugendlichen, die in der Regel ein Gymnasium besuchten oder bereits Studierende waren, stammen sicherlich aus einer bildungsorientierten Mittelschicht und stellten somit eine Positivauswahl ihrer Generation dar. Dennoch stehen sie für eine Generation junger Europäer, die zu den Profiteuren der europäischen Integration gehören und deren Errungenschaften zu nutzen wissen.

Für diese Seite der europäischen Perspektive stehen Mobilitätsprogramme wie Erasmus+ und das Europäische Solidaritätscorps (sprich der Europäische Freiwilligendienst), für die andere Seite, mit der ich als Geschäftsführer der Werkstatt PARITÄT zu tun habe, steht vor allem der ESF, der z.B. Projekte gegen Schulabbruch, zur Integration von Benachteiligten in Ausbildung etc. fördert.

Welche internationalen Aktivitäten plant das Jugendwerk für 2019?

Wir wollen die Kooperation fortsetzen und vertiefen. Wahrscheinlich werden wir in diesem Jahr auch noch einmal nach Rumänien reisen, gemeinsam mit Fachkräften aus unseren Mitgliedsorganisationen. Wir werden dort mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Hermannstadt einen Jugendleiterlehrgang durchführen und werden uns auch um die Frage bemühen, wie die Jugendarbeit in Rumänien gefördert werden kann. Von staatlicher als auch kommunaler Seite aus passiert da sehr wenig. Dahingehend gibt es keine Tradition. Es gibt aber die Möglichkeit, in Rumänien über private Firmen eine finanzielle Unterstützung zu bekommen. Da werden wir uns mit einer lokalen Bürgerbewegung vor Ort noch einmal ins Benehmen setzten.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

Internationale Samariterkooperation
Starke Partnerschaften für Europa

Die Internationale Samariterkooperation initiiert und ermöglicht in Europa die Umsetzung zahlreicher sozialer Projekte. Bereits in zwölf ost-, mittel- und südosteuropäischen Ländern arbeitet der ASB erfolgreich mit seinen Partnerorganisationen zusammen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen die Stärkung lokaler Strukturen, der Aufbau sozialer Dienstleistungen, die Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie der Ausbau des Ehrenamtes vor Ort.

Zahlreiche deutsche ASB-Gliederungen engagieren sich in internationalen Partnerschaften. Dabei werden jährlich etwa 40 Projekte zwischen deutschen Samaritern und ihren europäischen Partnern innerhalb der Internationalen Samariterkooperation umgesetzt. Die Projekte sind genauso vielfältig wie die Organisationen und Partnerschaften selbst und reichen von internationalen Jugendbegegnungen bis zur Hilfe für Geflüchtete sowie von der Erste-Hilfe-Breitenausbildung bis hin zum Fachkräfteaustausch und dem Aufbau sozialer Dienste für die Menschen vor Ort.

Umdenken im Pflegebereich

In vielen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas sind soziale Sicherungssysteme nicht so umfassend ausgebaut wie in Deutschland. Wer pflegebedürftig wird, bekommt mitunter kaum Unterstützung vom Staat und es fehlen geeignete Angebote und Einrichtungen, in denen pflegebedürftige Menschen gut versorgt werden. Oft ist daher die ganze Familie gefordert und stark in die Pflege ihrer bedürftigen Angehörigen eingebunden. Doch es findet ein Umdenken statt: Pflegeeinrichtungen und Mobile Soziale Dienste werden nach und nach etabliert und die Expertise im Pflegebereich wächst.

So auch in der Kleinstadt Orastie im rumänischen Siebenbürgen. Hier hat die lokale Samariterorganisation ASO (Samariterbund Orastie) gemeinsam mit dem ASB-Bundesverband und dem ASB-Kreisverband Helmstedt ein Altenpflegeheim aufgebaut und damit eine qualitativ hochwertige und dringend benötigte Einrichtung für die rund 20.000 Einwohner geschaffen.

Das Pflegeheim wurde ab 2012 mit Mitteln aus den EU-Strukturfonds gebaut und Anfang 2014 eröffnet. Hier arbeiten heute acht Pflegekräfte, zwei Krankenschwestern, eine Psychologin, eine Sozialassistentin sowie die Leitung. Zurzeit leben 27 Pflegebedürftige in der Einrichtung, die insgesamt Platz für bis zu 30 Senioren bietet.

Gemeinsam für das beste Ergebnis

Seit Beginn des Großprojekts hat der ASB den rumänischen Samaritern finanziell und mit fachlicher Expertise zur Seite gestanden, ebenso bei Antragstellungen und der Ausstattung des Pflegeheims. Die Zusammenarbeit und Unterstützung endeten aber nicht mit der Eröffnung des Pflegeheims. Der ASB Helmstedt half in Kooperation mit dem Bundesverband beim Aufbau eines Schwesternnotrufsystems, entwickelte spezielle Angebote für Demenzpatienten, unterstützte bei der Personalgewinnung sowie bei Aus- und Umbauprojekten. So konnte das Pflegeheim optimal an die Bedürfnisse seiner Bewohner angepasst werden. Gemeinsam mit dem ASB Bottrop führte der ASB-Bundesverband außerdem Pflegetrainings für die Mitarbeiter durch, um die lokale Expertise zu stärken.

Am 1. März 2019 besteht die Einrichtung bereits seit fünf Jahren. Ein gemeinsamer Erfolg und ein Jubiläum, das dann auch gemeinsam gefeiert wird: mit den Bewohnern, ihren Familien, den Mitarbeitern, den rumänischen Samaritern und natürlich den Partnern der Internationalen Samariterkooperation.

Hilke Vollmer
Leiterin der Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim ASB

Weitere Informationen unter:

www.asb.de/ueber-uns/samaritan-international

Drei Fragen an Tilo Liewald zu EU-Förderprogrammen

Paritätische Projekte und Mitgliedsorganisationen können Gelder von der Europäischen Union bekommen, doch das ist leichter gesagt als getan. Denn es ist gar nicht so leicht, einen Überblick über die zahlreichen Quellen und Fördermöglichkeiten zu bekommen und Bürokratie und finanzielles Risiko sind häufig hoch. Tilo Liewald ist Referent für Europa und Bildung beim Paritätischen Gesamtverband und u.a. Mitglied der Expertengruppe für soziales Unternehmertum der Europäischen Kommission (GECES) . Er gibt einen ersten Überblick und praktische Hinweise - auch zu den Stolperfallen.

Herr Liewald, immer wieder liest man von Fördermöglichkeiten für soziale Projekte durch die EU. Können Sie konkret ein paar nennen?

Es gibt eine Vielfalt an Programmen beim Europäischen Sozialfonds (ESF), die auf den unterschiedlichen Ebenen ausgeschrieben und verwaltet werden. In Deutschland gibt es aktuell 26 ESF-Bundesprogramme. Ein Beispiel für ein EU-Förderprogramm auf Bundesebene, das sich an eine besonders hilfebedürftige Zielgruppe wendet, ist der Europäische Hilfsfonds für am stärksten benachteiligte Personen (EHAP). Ein äußerst erfolgreiches Programm, dessen Finanzierung auch jetzt schon über das Jahr 2020 hinaus weitgehend sichergestellt ist, ist ERASMUS+. Dabei handelt es sich nicht mehr nur um das altbekannte Studierendenaustauschprogramm innerhalb Europas, sondern um ein Dach für insgesamt sechs Programmlinien: Hochschulbildung, Berufliche Bildung, Schulische Bildung, Erwachsenenbildung, JUGEND IN AKTION und Sport.

Und wie kommen soziale Organisationen am besten an die Gelder?

Das Bild vom Fundraiser, der nach Brüssel, Berlin oder Bonn fährt, mit Kommissions- oder Ministeriumsmitarbeiter*innen kungelt und mit einem Koffer voll Geld zurückkommt, passt nur noch in eine Satire. Als Faustregel kann man sagen, dass das meiste europäische Geld für Förderprogramme in den Regionen zur Verfügung steht, es folgen der Mitgliedsstaat und dann die EU selbst. Wer in einem ESF-Bundesprogramm einen Projektantrag stellt, muss sich z. B. auch die Frage stellen, in wieweit ein regional verankertes Projekt eine bundesrelevante Modellfunktion erfüllen kann. Originäre EU-Förderprogramme zielen meist auf europäische Netzwerke ab oder erfordern eine transnationale Zusammenarbeit.
Das Wichtigste ist aus meiner Sicht eine solide und aktuelle Informationsbeschaffung. Was wird gefördert? Wer wird gefördert? In welchen Regionen/Zielgebieten wird gefördert? Wie hoch ist der Förderbetrag? Wie hoch ist ein eventueller Eigenanteil? Was kann man zur Finanzierung des Eigenanteils heranziehen? Welche Fristen sind einzuhalten? Je nach Förderprogramm muss man diesen Fragenkatalog ergänzen. Wichtige Informationsquellen sind die jeweiligen Internetseiten der Programme, Newsletter, Datenbanken etc. Und nicht zuletzt gibt es Ansprechpersonen in den Landesverbänden des Paritätischen und beim Gesamtverband.

Gibt es denn auch Einschränkungen oder Stolperfallen, die zu beachten sind?

Ich versuche ein paar Stolperfallen ohne den Anspruch auf Vollständigkeit aus meiner praktischen Projektberatung zusammenzutragen. Bestimmt kann man in gewissen Grenzen eine Projektidee an eine Programmausschreibung anpassen. Wenn aber absehbar ist, dass die eigene Idee oder die eigenen Gegebenheiten nicht mit den Programmanforderungen kompatibel sind, dann sollte man seine Ressourcen nicht verschwenden.
EU-Fördermittel sind in keinem Fall geeignet, eventuelle Finanzierungsprobleme einer Organisation zu lösen. Im Gegenteil: Die Gefahr von Liquiditätsengpässen ist nicht zu unterschätzen. Organisationen müssen in Vorleistung gehen und warten auf Grund bürokratischer Prozesse nicht selten sehr lange auf die Erstattung, wie wir aus der Praxis unserer Mitgliedsorganisationen wissen. Dazu kommt, dass vorab in eine Antragstellung ohne Erfolgsgarantie investiert werden muss und dass am Ende des eigentlichen Projektes auch noch Kapazitäten für die Endabrechnung und Abschlussberichte vorgehalten werden müssen. Im Umgang mit EU-Verordnungen, deutschem Haushaltsrecht und Prüfbehörden erfahrenes Personal ist in jedem Fall von Vorteil. Eine weitere Herausforderung sind die im Rahmen eines Projektes einzugehenden (transnationalen) Partnerschaften. Manch vielversprechende Partnerschaft endete schon im Rosenkrieg. Doch gerade in diesen Kooperationen und der damit einhergehenden kulturellen und fachlichen Horizonterweiterung liegt meines Erachtens auch das größte Potenzial vieler Programme.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

Für mehr Europa in Gera

Mitten in der Innenstadt von Gera findet sich ein Paritätisches Büro, das man eher in Brüssel, Warschau oder Berlin vermutet hätte: das Europabüro Ostthüringen. Das mit drei Leuten besetzte Büro gründete eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen in Gera und wurde 2006 vom Landesverband Thüringen übernommen. „Der Paritätische meinte, dass das Thema spannend ist, auch für die anderen Mitgliedseinrichtungen. Daher wurde entschieden, das Projekt zu übernehmen. Seitdem ist es bei parisat, einer Tochter vom Paritätischen, angesiedelt und wird durch den Freistaat Thüringen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert", erklärt mir Dana Hartenstein-Drobny, Beraterin und Projektkoordinatorin im Europabüro. Hauptaufgabe der drei Beraterinnen im Büro ist es, europäische Fachkräfte aus dem Ausland mit regionalen Firmen in Thüringen zusammen zu bringen.

Frau Hartenstein-Drobny selbst ist über Umwege zum Projekt gekommen, wie sie erklärt: „Ich bin Bauingenieurin, also gar nicht aus dem sozialen Bereich. Ich habe im Vorderhaus gearbeitet und es hieß es werde noch jemand gebraucht, die gut Englisch kann" Das macht sie seit Eröffnung des Büros und es mache immer noch sehr viel Spaß. Vorher hätte sie noch nie etwas vom Paritätischen gehört.

Und wie waren die ersten Erfahrungen? Die Projektleiterin lacht. „Zuerst standen die Vereine bei uns auf der Türschwelle und fragten, ob es bei uns die Förderung gibt und sie bei uns Geld kriegen." Dass dem nicht so ist, musste erstmal erklärt werden. Die heutige Schwerpunktsetzung auf Fachkräfte bestand nicht von Beginn an, sondern entwickelte sich mit der Zeit. „Ursprünglich war unser Thema, Europa nach Thüringen zu holen, die Möglichkeiten aufzuzeigen und Unterstützung zu bieten, um an Förderungen zu kommen. Selber aktiv werden, selber Partner suchen, Netzwerke aufbauen und die Sache Europa für sich zu nutzen", zählt Frau Hartenstein-Drobny auf.

Das Thema Fachkräfte und auch Fachkräftemangel wurde jedoch immer wichtiger und rückte mehr in den Vordergrund. Gerade im sozialen Bereich herrsche auch in Thüringen derzeit Mangel an Fachkräften. Dennoch gibt es im Europabüro bewusst keine Verengung auf das Thema Arbeitsplätze. Frau Hartenstein-Drobny ist es wichtig, dass Weiterbildung und lernen im Ausland als weitere Säule dabei bleibt. Dabei unterstützen sie die Firmen, wichtig ist ihnen aber auch: „Wir sind keine Recruiting-Firma. Wir fahren nicht ins Ausland und werben Leute an."

Barrieren, mit denen besonders Menschen aus dem Ausland zu kämpfen haben, sind sowohl die Anerkennung von Bildungsabschlüssen als auch die Sprache. Gerade Letzteres kann ein großes Problem werden. Mag die Qualifikation noch so passend für eine bestimmte Stelle sein, werden viele ohne Sprachkenntnisse trotzdem nicht genommen. Selbst mit einem halben Jahr intensiven Deutschkurs ist oft nur eine Grundlage geschaffen. Um eine schwierige Sprache wie Deutsch zu lernen, braucht es mehr Zeit. Deswegen setzt das Europabüro Ostthüringen oft auf europäische Freiwilligendienste oder ein Praktikum, damit sich beide Seiten erst einmal eine Zeitlang kennenlernen können und die Menschen aus dem Ausland die deutsche Sprache lernen oder vertiefen können beziehungsweise sich überhaupt entscheiden wollen, ob sie den Schritt in den deutschen Arbeitsmarkt wagen wollen. Denn der Schritt ist groß, meint Frau Hartenstein-Drobny. „Irgendwoher eine Fachkraft zu holen, die hier einsteigt und gut ist: So funktioniert das nicht!" Jede einzelne Person, die das Europabüro vermittelt, benötigt ganz individuelle Betreuung und Beratung, genau wie die Unternehmen: „Es ist immer ein langer Weg."

Und nicht alle in Thüringen sind pro Europa und offen für den europäischen Binnenmarkt. Einige haben auch Vorurteile und Ressentiments gegenüber den osteuropäischen Arbeitskräften. „Wir haben auch schon die Aussage bekommen: Ausländer nicht!" so Hartenstein-Drobny, ergänzt aber: „Wir merken auch: Je dringender die Menschen benötigt werden, desto weniger Ressentiments gibt es und sie sind einfach weg." Dennoch gibt es Angst, sich nicht mit den Arbeitskräften verständigen zu können, gerade bei älteren Mitgliedern der Stammbelegschaft, was nicht zwangsläufig ausländerfeindlich zu deuten sei. „Das ist auch ein bisschen typisch deutsch: Es muss alles vorher genau geregelt und abgeklärt sein."

Philipp Meinert

Das Team (v.l.n.r.): Christine Fiedler, Geschäftsführerin der parisat, Elke Schreiber, Beraterin, Christina Martens, Beraterin und Dana Hartenstein-Drobny, Beraterin und Projektkoordinatorin

TAFEL DEUTSCHLAND

Armut und Überfluss an der Wurzel packen

Deutschland importiert zwischen 65 und 80 Prozent der Obst- und Gemüsemengen, die hierzulande verbraucht werden. Gleichzeitig stellen sie zusammen mehr als 40 Prozent aller vermeidbaren Lebensmittelabfälle in Deutschland dar.

Im besten Falle kommen die im Handel aussortierten Obst- und Gemüseprodukte als Sachspende bei den Tafeln an. Nicht nur im Handel bleiben diese Lebensmittel übrig, sondern auch bei Endverbraucherinnen und Endverbrauchern landen Obst und Gemüse nicht selten im Abfall. Die Frage stellt sich, warum diese Produkte einen solchen hohen Anteil der Lebensmittelverschwendung ausmachen, obwohl sie ein gesundes Nahrungsmittel sind.

Geflüchtete in den ersten europäischen Ankunftsländern bekommen oft keinen regulären Schutzstatus und zehntausende finden Arbeit ohne Papiere und ohne Erlaubnis in der Landwirtschaft. Bei deren Ankunft finden sie vielerorts auf den Feldern und in Gewächshäusern menschenunwürdige, gefährliche Arbeits- und Lebensbedingungen vor. Schlechte Umstände gibt es teilweise auch in Deutschland aber in Griechenland, Italien und Spanien wirken Begriffe wie „Saisonarbeiter“ oder „Erntehelfer“ geradezu wie verharmloste Euphemismen für Sklaverei. Fehlende Kontrolle ermöglicht das Umgehen von Gesetzen über Arbeitssicherheit und Mindestlohn. Die Preise werden durch die Umstände künstlich niedrig gehalten, zu einem Niveau, das eine nachhaltige Produktion und menschenwürdige Existenz der Arbeitenden ausschließt. Günstigere Kosten ermöglichen noch mehr Anbau und Überfluss. Wer aktiv am Arbeitsleben teilnimmt, muss Zugang zu Rechten haben, jedoch nur ganz wenige Personen können diese in den Ankunftsländern beanspruchen. In Italien stehen diese Vorgehensweisen bereits gesetzlich unter Strafe, die Umsetzung scheitert jedoch immer noch.

Handlungsfelder gibt es viele. Mehrere Verbände beschäftigen sich bereits aktiv in Deutschland mit den skizzierten Zuständen unter anderem die IG Bauen-Agrar-Umwelt, der Europäische Verein für Wanderarbeiterfragen (EVW), die Interbrigadas e.V. und Oxfam. Als Mitglied der European Food Banks Federation (fr. Abk. FEBA) sieht Tafel Deutschland die Möglichkeit, die Missstände zusammen mit den anderen Foodbanking-Verbänden in den entsprechenden europäischen Gremien zu thematisieren. Ziel ist es, die Regierungen der Mitgliedsstaaten in die Pflicht zu ziehen, Lohndumping und Ausbeutung in der Landwirtschaft entgegen zu wirken und gleichzeitig einen nachhaltigeren Umgang mit Lebensmitteln zu etablieren.

Ungerechte Beschäftigungspraktiken führen zu einer noch tieferen Armut einiger Geflüchteten, während die Dumpingpreise bei Lebensmitteln zu deren Verschwendung beitragen. Der Dachverband der Tafeln versteh sich als multisektorale Schnittstelle zwischen Produktion, Logistik, Handel, Politik und Endverbrauchenden, und möchte gemeinsam mit allen involvierten Partnerinnen und Partnern diese Thematik sichtbarer machen und zum Dialog beitragen.

Nilab Alokuzay, Tafel-Akademie
Ryan Harty, Tafel Deutschland
Malindi Krannich, Tafel-Akademie

Weitere Informationen unter: www.tafel.de

Drei Fragen an Krzysztof Balon zu seinem Engagement in Europa

Krzysztof Balon wurde 1955 im polnischen Krakau geboren. Er hat einen Master of Science Sozialmanagement und ist derzeit Geschäftsführer des EUROSOZIAL e.V., einem Verein für deutsch-polnische und europäische Zusammenarbeit. Balon ist Vorsitzender des Programmrates der Arbeitsgemeinschaft der Verbände Sozialer Organisationen e. V. (Polen) und Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Herr Balon, in diesem Jahr steht die Europawahl an. Welche Erwartungen haben Sie als Geschäftsführer von Eurosozial?

Ich hoffe und erwarte, dass alle demokratischen Kräfte des künftigen Europaparlamentes bei der sozialen Umgestaltung der Europäischen Union „an einem Strang“ ziehen. Nur so kann es gelingen, die EU vor dem Populismus und Nationalismus zu schützen. Von besonderer Bedeutung wären vor diesem Hintergrund eine hohe Wahlbeteiligung insbesondere von in sozialen Organisationen engagierten Menschen sowie eine aktive Beteiligung von Paritätischen Mitgliedsorganisationen und von unseren Partnerorganisationen im europäischen Ausland an Wahlveranstaltungen und Kampagnen, fokussiert auf die Gleichbehandlung von Wirtschafts- und Sozialpolitik durch das neugewählte Parlament.

Sie sind ebenso Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Welche Aufgabe hat dieser Ausschuss und was tut er für Paritäter*innen?

Der EWSA als ein beratendes EU-Organ wird oft als Brücke zwischen europäischen Institutionen und der Zivilgesellschaft bezeichnet. Tatsächlich ist der Ausschuss, der aus Vertreter*innen von Arbeitgeberverbänden (Gruppe I), der Gewerkschaften (Gruppe II) und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen (Gruppe III Vielfalt Europa) besteht, an der Gesetzgebung der EU mittels Stellungnahmen obligatorisch beteiligt. Darüber hinaus veranstalten wir in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern öffentliche Anhörungen, Seminare, Konferenzen und vieles mehr. Ich gehöre dem Ausschuss seit 2010 an und – obwohl aus Polen nominiert – tausche mich systematisch mit dem Paritätischen und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege aus, ob als Berichterstatter beispielsweise für den Hilfsfonds EHAP oder den Europäischen Sozialfonds ESF Plus, als Vizepräsident der Gruppe III, Mitglied der Ständigen Studiengruppe Daseinsvorsorge oder Sprecher der Kategorie Sozialwirtschaft. Solche Austausche entscheiden auch über den „Mehrwert“ des EWSA für den Paritätischen: zur EU-Gesetzgebung konsultiert zu werden und zwar noch bevor ein Vorschlag der Kommission das Parlament und den Rat erreicht.

Wie kann das Soziale in Europa weiter gestärkt werden? Was ist zu tun?

Am 17.11.2017 wurde die Europäische Säule Sozialer Rechte proklamiert. Auch wenn die Grundsätze der Säule – wegen der Kompetenz von Mitgliedsstaaten in vielen Bereichen – größtenteils rechtlich nicht verbindlich sind, müssen sie schnellstmöglich umgesetzt werden. Dies kann auch im Rahmen des „Europäischen Semesters“ geschehen, das so gestaltet werden muss, dass die soziale Aufwärtskonvergenz zwischen den Mitgliedsstaaten entsteht. Gleichzeitig sollen soziale Dienstleistungen, in Zusammenarbeit mit den bedürftigen Menschen durch werteorientierte gemeinnützige Organisationen erbracht, durch das europäische Recht besonders geschützt werden. Generell sollten sozialwirtschaftliche Aktivitäten durch die EU besonders gefördert und auch zu einem separaten spezifischen Ziel des ESF Plus werden.

Wegen der Unwirksamkeit bisheriger europäischer Maßnahmen auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung sollte das Mindesteinkommen durch eine EU-Rahmenrichtlinie geregelt werden: für jeden Mitgliedsstaat wäre ein angemessenes Mindesteinkommen zu berechnen, angepasst an Lebensstandard und Lebensstil. Die Methode der Berechnung eines zugrundeliegenden Referenzbudgets wäre auf europäischer Ebene festzulegen.

Und, last but not least: Asylsuchende und andere in einem Mitgliedsstaat aufgenommene Migrant*innen sollten in allen sozialen Belangen den Unionsbürger*innen gleichgestellt werden.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

Drei Fragen an Renate Reymann vom Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband

Renate Reymann war von 2006 bis 2018 Präsidentin des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes e.V. und ist Mitglied im Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbandes. Die Diplomwirtschaftlerin hat seit 1977 durch einen Gendeffekt eine hochgradige Sehbehinderung und ist seit 1988 blind.
Mit ihr unterhalten wir uns über die UN-Behindertenrechtskonvention, die in diesem Jahr ihren zehnjährigen Geburtstag in Deutschland feiert, und über den behindertenpolitischen Handlungsbedarf in der Europäischen Union.

Frau Reymann, im Februar 2009 wurde das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung, auch UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) genannt, ratifiziert. Wie beurteilen Sie das Abkommen nach zehn Jahren aus fachlicher Perspektive?

Mit der Ratifizierung der BRK wuchs in Deutschland ein anderes Verständnis von Behinderung. Nicht allein die Beeinträchtigungen der Menschen behindern sie, sondern vor allem die Barrieren in der Umwelt und in den Köpfen verhindern die Teilhabe. Neue bzw. novellierte gesetzliche Regelungen, z.B. das Behindertengleichstellungsgesetz und das Bundesteilhabegesetz, stehen für erste, wenn auch unzureichende Schritte zur Erreichung der BRK-Ziele. Wie die Staatenprüfung erneut beweist, muss Deutschland weitreichendere Schritte gehen. In der inklusiven Bildung z.B. steht und fällt die Lernqualität für alle Kinder mit und ohne Beeinträchtigung mit den dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen. Die enorm hohe Quote arbeitssuchender Menschen mit Beeinträchtigungen muss zu einem Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik führen. Und schließlich ist Barrierefreiheit noch immer keine Selbstverständlichkeit, auch wenn das Bewusstsein dafür gestiegen ist. Die Praxis lehrt, dass eine Beseitigung von Barrieren im privaten Bereich auf Basis von Freiwilligkeit, also ohne gesetzliche Verpflichtung, nicht zum Ziel führen wird.

Haben Sie konkrete Verbesserungs- oder Änderungswünsche an das Übereinkommen?

Die BRK selbst ist ein hervorragender Vertrag, der übrigens auch von der Blindenselbsthilfe mitverhandelt wurde. Wir brauchen aktuell keine Diskussionen um Änderungen. Auslegungshilfen geben die allgemeinen Bemerkungen des Fachausschusses. Was wir aber brauchen, ist, dass Bund und Länder die Umsetzung der BRK endlich konsequent strategisch angehen. Die Prinzipien der BRK werden noch nicht selbstverständlich beachtet – auch nicht bei der aktuellen Gesetzgebung, wie etwa das Ringen um Barrierefreiheit im digitalen Bereich zeigt. Eine Überarbeitung des Aktionsplans der Bundesregierung ist vor diesem Hintergrund überfällig.

Und wie sieht es in der Europäischen Union aus: Was sollte die EU darüber hinaus behindertenpolitisch machen?

Die EU selbst und alle ihre Mitgliedsstaaten haben die BRK ratifiziert. Auf dieser Basis hat die EU einige wichtige Initiativen angestoßen, wie beispielsweise die EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen oder jüngst den European Accessibility Act (EAA). Es bleibt allerdings in Europa noch viel zu tun, um der BRK gerecht zu werden. Zuallererst sollte die EU endlich eine behinderungspolitische Strategie für die Jahre 2020 bis 2030 verabschieden. Das aktuelle Dokument läuft aus und es ist noch kein Nachfolgeplan in Sicht, in dem die EU klar festsetzt, was von wem mit welchem Budget angegangen werden soll.

Es gibt aber gleichzeitig viele weitere Aufgaben für die EU. Um nur zwei zu nennen: Die bereits erwähnte Web Access Richtlinie gilt nur für die Mitgliedsstaaten, aber nicht für die Europäische Union und deren Organe an sich. Das muss sich ändern. Die EU muss ihre eigenen Regeln ebenfalls umsetzen und so für mehr Barrierefreiheit sorgen. Außerdem muss der Rat der Mitgliedsstaaten, insbesondere die Vertreter der Bundesregierung, endlich die Blockadehaltung gegen die fünfte Antidiskriminierungs-Richtlinie der EU aufgeben. Es wird Zeit, dass auch in diesem Bereich die Ziele der BRK Realität werden und ein umfassender Diskriminierungsschutz auch im privatrechtlichen Bereich Wirklichkeit wird.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

Drei Fragen an Holger Wicht von der Deutschen AIDS-Hilfe

Auch wenn der vollständige Name „Deutsche AIDS-Hilfe“ lautet, ist die 1983 gegründete Organisation auch europaweit tätig. Die Vertretung von Menschen mit HIV/AIDS ist selbstverständlich kein Thema, welches an Ländergrenzen Halt macht. Nicht in allen Ländern ist das Wissen über das Virus so weit verbreitet beziehungsweise wird inzwischen mit Unterstützung von Politik und Öffentlichkeit weiter verbreitet. Manchmal ist eher das Gegenteil der Fall. Das stellt Organisationen und Initiativen, die sich der Aufklärung verschrieben haben, vor Herausforderungen. Holger Wicht, Pressesprecher der AIDS-Hilfe, hat uns ein paar Fragen zu internationalen Aktivitäten der AIDS-Hilfe beantwortet.

Herr Wicht, die AIDS-Hilfe arbeitet auch international. Wo sind Sie gegen Diskriminierung und Repression im Einsatz und mit wem arbeiten Sie zusammen?

Diskriminierung abzubauen ist ein wichtiges Ziel unserer Arbeit. Denn Ausgrenzung und Benachteiligung machen krank und sind Gift für die HIV-Prävention. Beispiel Russland: Positive Äußerungen über Homosexualität sind strafbar, sodass HIV-Prävention fast unmöglich ist. Drogenabhängige Menschen bekommen keine Substitutionstherapien oder saubere Spritzen, sondern werden als Kriminelle behandelt. Das Resultat: dramatisch hohe Infektionszahlen. Die Diskriminierung von HIV-Positiven schreckt übrigens viele Menschen vom HIV-Test und damit von einer Behandlung ab – auch in Deutschland.

Wir widmen uns dem Problem auf verschiedenen Ebenen: In Russland, Belarus und der Ukraine helfen wir, beispielhafte Präventions- und Versorgungsprojekte auf die Beine zu stellen. Wir unterstützen die Organisationen vor Ort bei der Suche nach Finanzierungsquellen, gestalten Trainings für Menschen in Sozialarbeit und Selbsthilfe mit, teilen Wissen und Erfahrungen. Diese Projekte haben dann oft eine wichtige Leuchtturmfunktion in den Ländern.
Die Deutsche AIDS-Hilfe beherbergt außerdem das Netzwerk AIDS Action Europe mit mehr als 400 Organisationen. Von unserer Geschäftsstelle aus betreibt es Lobbyarbeit und speist das Fachwissen aus Zivilgesellschaft und Selbsthilfe in EU-Gremien ein. Da geht es sehr stark um die Frage, wie man den Zugang zu Prävention, Testung, Beratung und Behandlung verbessern kann. Die Organisationen engagieren sich national und international gegen Stigmatisierung von Menschen mit HIV, Hepatitis und Tuberkulose sowie besonders stark betroffener Gruppen.

Haben Sie ein konkretes Beispiel beziehungsweise Projekt, welches Ihnen besonders am Herzen liegt und welches Sie kurz vorstellen können?

Gemeinsam mit der Berliner Klinik Charité und Partnern in den Ländern engagieren wir uns für drogenabhängige schwangere Frauen in Georgien und Weißrussland. Viele von ihnen sind HIV-positiv. Sie und ihre Kinder benötigen dringend Unterstützung, haben aber keine Lobby. Den Frauen wird schlicht das Recht abgesprochen, Kinder zu bekommen. Sie werden strafrechtlich verfolgt und statt der nötigen medizinischen Unterstützung erhalten sie oft nur den Rat zur Abtreibung. Auch hier müssen Zivilgesellschaft und Selbsthilfe ausgleichen, was die staatlichen Gesundheitssysteme versäumen oder sogar verschlimmern.

In vielen europäischen Staaten erleben wir derzeit einen Rechtsruck in den Regierungen. Minderheiten sind immer die ersten Opfer solcher Entwicklungen. Wie reagieren die AIDS-Hilfe und ihre internationen Partner*innen darauf?

Wir setzen uns im eigenen Land wie international mit Kampagnen und Lobbyarbeit für eine offene, pluralistische Gesellschaft ein. Auch hierzulande erleben wir ja zurzeit viel Feindlichkeit und ein Aufkeimen völkischen Gedankenguts: Der Wert von Menschen wird wieder verstärkt an der Herkunft, der Wert von Lebensweisen an der biologischen Reproduktion gemessen. Eine riesige Gefahr! Es gilt herauszustellen: Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Aber auch: Schutz und Stärkung von Minderheiten sind die Grundlage von Prävention. Wo Staat und Betroffene zusammenarbeiten, wie in Deutschland, gibt es wenige Infektionen. Manchmal können wir dazu beitragen, dass auch in anderen Ländern Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen zusammenfinden. Kurz: Es gilt, benachteiligten Menschen eine Stimme zu geben und sie einzubeziehen.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

Weitere Informationen unter: www.aidshilfe.de

Sanktionen vor Gericht

„Fördern und Fordern“ – unter diesem Motto standen die Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt. Entgegen des darin enthaltenen Versprechens wurden die Mittel für die aktive Arbeitsförderung in den folgenden Jahren erheblich reduziert, gleichzeitig wuchs die Zahl der Sanktionen, die gegen Grundsicherungsberechtigte ausgesprochen wurden. So gab es 2017 950.000 Sanktionen, im Jahr 2007 waren es dagegen trotz über einer Million mehr Leistungsberechtigten „nur“ 780.000 gewesen. Drei Viertel der Sanktionen entfielen auf sogenannte „Meldeversäumnisse“, beispielsweise auf das Verspassen eines Termins im Jobcenter.

Die Sanktionen waren von Beginn an umstritten, auch weil die Leistungen der Grundsicherung am Existenzminimum orientiert und schon jetzt deutlich zu gering bemessen sind. Die Sanktionen sind hart, sie betragen durchschnittlich 109 Euro monatlich, in der Regel über drei Monate. Besonders hart können junge Menschen unter 25 Jahren sanktioniert werden. Ihnen droht schon bei einem ersten Verstoß ein vollständiger Verlust der Regelleistungen für drei Monate, im Wiederholungsfall können auch die Kosten für Unterkunft und Heizung wegfallen. Wer sowieso schon finanziell schlecht da steht, für den oder die haben diese weiteren Einschnitte oft drastische Folgen. „Menschen, die ohnehin am Existenzminimum leben, werden durch Sanktionen noch weiter in die Not und schlimmstenfalls sogar in die Obdachlosigkeit gedrängt“ kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Er macht klar, dass er die Sanktionen nicht nur für sinnlos, sondern auch für unmenschlich hält.

Der Paritätische tritt für die vollständige Abschaffung der Sanktionen ein und hat dies bereits 2017 in einer Stellungnahme für das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe formuliert, wo derzeit über die Verfassungsmäßigkeit einzelner Sanktionen verhandelt wird „Die Regelleistungen des SGB II sind nach Auffassung des Paritätischen schon jetzt deutlich zu gering bemessen, so dass sich eine Kürzung des sozio-kulturellen Existenzminimums durch Sanktionen schon grundsätzlich verbietet“, heißt es in einer Stellungnahme des Verbandes. Das vorrangige Ziel müsse es sein, Menschen in qualifizierte Arbeit zu bringen, nicht sie noch weiter unter Druck zu setzten. Sanktionen seien auch für das Ziel der Arbeitsmarktintegration kontraproduktiv.

Am 15. Januar 2019 fand vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine mündliche Verhandlung zur Verfassungsmäßigkeit der Sanktionen statt. Dr. Joachim Rock, Leiter der Abteilung für Arbeit, Soziales und Europa im Paritätischen, war als Sachverständiger geladen und schildert seinen Eindruck: „In der Verhandlung wurde erneut deutlich, dass die Sanktionen Betroffene stark belasten und es vor allem an individuellen Fördermöglichkeiten fehlt. Die sehr gut vorbereiteten Bundesverfassungs-richter*innen haben dabei mehrfach die praxisnahen Darlegungen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände gewürdigt, während die Bundesregierung sich sehr kritischen Nachfragen ausgesetzt sah.“

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird für Mitte 2019 erwartet.

> „Die Bundesregierung sah sich sehr kritischen Nachfragen ausgesetzt.“
>
> Dr. Joachim Rock

Unabhängig davon, wie in Karlsruhe entschieden wird: Der Paritätische plädiert dafür, Hartz IV zu überwinden. Der Verband fordert unter anderem die Anhebung der Regelsätze für Erwachsene auf 571 Euro, den Ausbau von Qualifizierungs- und Beschäftigungsangeboten, den Aufbau eines sozialen Arbeitsmarkes und die Abschaffung der Sanktionen. „Die Grundsicherung für Arbeitsuchende muss grundlegend neu gestaltet werden. Die Abschaffung der Sanktionen ist dabei ein notwendiger, erster Schritt“, so Schneider.

Philipp Meinert

Grundrente: Paritätischer begrüßt Vorschlag von Arbeitsminister Hubertus Heil

Als „gelungenen Aufschlag“ begrüßte der Paritätische Wohlfahrtsverband das Konzept von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil für eine Grundrente. Im Unterschied zu den Vorgängervorschlägen sowie den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag sieht das Konzept von Heil den Verzicht auf eine Bedürftigkeitsprüfung vor, lobt der Verband. Dies sei ein wichtiges Signal, dass mit der Grundrente wirklich die Lebensleistung derjenigen anerkannt werde, die über Jahre erwerbstätig waren. Gleichzeitig mahnt der Verband weitere Verbesserungen an. Zur wirksamen Bekämpfung von Altersarmut brauche es auch eine umfassende Reform der Altersgrundsicherung, fordert der Paritätische.

„Das Konzept des Bundesarbeitsministers ist ein höchst gelungener Aufschlag. Erstmalig legt die Bundesregierung ein Modell für eine echte Grundrente vor, die den Namen verdient und nicht nur eine Sozialhilfe Plus darstellt“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Zentrale Verbesserung im Vergleich zu den vorherigen Konzepten sei, dass sich die Grundrente alleine an den geleisteten Arbeitsjahren orientiere und nicht an Vermögensverhältnissen. „Bei der Rente geht es darum, eine Lebensleistung anzuerkennen. Sie dient nicht in erster Linie der Verhinderung von Armut, sondern muss allen das Gefühl geben, dass Arbeit sich lohnt“, so Schneider. Es könne nicht sein, dass dies nicht für Menschen gelte, die das Glück hätten zu erben oder einen reichen Partner zu haben.

Notwendig sei jedoch eine armutspolitische Flankierung der Grundrente, fordert der Verband. So empfiehlt der Paritätische, die Grundrente angesichts der Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt und vieler gebrochener Erwerbsbiografien bereits nach 25 Beschäftigungsjahren und Freibeträge auf Renteneinkommen für alle Altersgrundsicherungsbeziehenden zu gewähren.

„Die Grundrente ist ein wichtiger Schritt, um die verdeckte Armut im Alter zu beseitigen“, so Schneider. Etwa drei Viertel der Menschen, die bereits heute Anspruch auf die Grundsicherung im Alter hätten, nähmen diese aus Scham oder Unwissenheit nicht wahr. „Die Grundrente darf als Weg aus Armut und Fürsorgeabhängigkeit daher nicht unterschätzt werden.“ Richtig sei aber auch, dass eine Großzahl altersarmer Menschen durch diese Grundrente nicht erreicht wird und daher unter armutspolitischen Gesichtspunkten weitere Maßnahmen notwendig sind.

Die geplante Aufwertung von Rentenansprüchen aus Niedriglohnbeschäftigung begrüßt der Paritätische ausdrücklich. Der Verband schlägt jedoch vor, die Aufwertung bereits ab 25 Beschäftigungsjahren greifen zu lassen, um Menschen mit längeren Zeiten der Erwerbsminderung oder Arbeitslosigkeit stärker zu berücksichtigen. Für die Menschen, die dennoch weiterhin auf Grundsicherung angewiesen seien, seien die Leistungen deutlich zu erhöhen.

Darüber hinaus fordert der Paritätische, den geplanten Freibetrag in der Grundsicherung im Alter so zu gestalten, dass ein Grundfreibetrag von 100 Euro für alle Renten eingeführt wird und von darüber liegenden Renten zusätzlich 20 Prozent nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden sollen. „So kann die Bekämpfung von Armut mit der Anerkennung der Lebensleistung verbunden werden“, betont Schneider. Gleichzeitig würde die Benachteiligung von Rentnerinnen und Rentnern gegenüber Berechtigten der betrieblichen und privaten Vorsorge beendet, denn für deren Leistungen bestünden bereits ähnliche Freibeträge.

Zuspruch auch vom VdK Deutschland

Auch andere Expert*innen und Organisationen begrüßten das Konzept, darunter der Sozialverband VdK. Verena Bentele, Präsidentin des VdK betonte: „Der Sozialverband VdK Deutschland hat sich seit langem dafür stark gemacht, dass die Rente von Geringverdienern aufgestockt wird. Arbeitnehmer müssen nach einem Leben voller Arbeit die Sicherheit haben, eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu erhalten. Die Lebensleistung dieser Personen muss sich auch in einer ausreichenden Rente widerspiegeln. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass niedrige Renten nun aufgewertet werden sollen. Der VdK kritisiert aber die starren Zugangsvoraussetzungen von 35 Beitragsjahren und dass Zeiten von Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt werden sollen.“

Langfristig müsse es Ziel sein, so die VdK-Präsidentin, dass die Zahl der Bezieher einer solchen geplanten Grundrente zurückgeht. Dazu brauche es „mehr Tarifbindung mit anständigen Löhnen und eine Erhöhung des Mindestlohns auf über 12 Euro, damit jeder nach einem Leben voller Arbeit automatisch eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhält“, so Bentele.

Unbürokratisch, effizient, gerecht, auskömmlich: Bündnis fordert echte Kindergrundsicherung

Das Bündnis Kindergrundsicherung, ein Zusammenschluss von Sozial-, Wohlfahrts-, Fachverbänden und Wissenschaftler*innen, hat sein Konzept für eine Grundsicherung für alle Kinder überarbeitet. Auf Basis des neuen Existenzminimumberichtes der Bundesregierung schlägt das Bündnis eine Kindergrundsicherung in Höhe von 628 Euro im Monat vor und benennt Kriterien, die für eine durchschlagende Reform unverzichtbar sind.

„Das bürokratische Nebeneinander von Kindergeld, Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket, Kinderfreibetrag und vielem mehr wird von den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr verstanden. Was wir brauchen, ist eine Leistung, eine echte Kindergrundsicherung und die muss unbürokratisch, effizient, gerecht und auskömmlich sein. Dies gilt für alle, die mit diesem Titel arbeiten wollen“, erklärt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes und Sprecher des Bündnisses. Die Höhe der Kindergrundsicherung müsse an ein realistisch berechnetes kindliches Existenzminimum gekoppelt sein, das auch Bildung und Teilhabe von Kindern umfasst, so die Bündnisforderung. Nach aktuellen Berechnungen läge dies bei 628 Euro. Das Bündnis begrüßt, dass das Konzept einer Kindergrundsicherung zunehmend gesellschaftliche sowie politische Unterstützung findet. Nach Bündnis 90/Grüne und Linkspartei fordert inzwischen auch die SPD eine eigenständige Grundsicherung für Kinder. Grundsätzliche Bereitschaft für eine größere Reform hat auch die FDP signalisiert.

Mehr Infos unter:
www.kinderarmut-hat-folgen.de

§ 219a: Paritätischer fordert ersatzlose Streichung des Schwangerschaftsabbruch-Informations-Paragrafen

Der Entwurf für ein Gesetz zur „Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch“ wurde vom Paritätischen Wohlfahrtsverband scharf kritisiert. Der zwischen Union und SPD ausgehandelte Kompromiss sei halbherzig und stelle eine massive Einschränkung des Informations- und Selbstbestimmungsrechtes von Frauen dar. Der Verband warnt vor neuen Rechtsunsicherheiten für Ärztinnen und Ärzte und fordert die ersatzlose Streichung des umstrittenen Paragrafen 219a aus dem Strafgesetzbuch.

„Informationen über Schwangerschaftsabbrüche müssen für alle Frauen frei zugänglich sein. Dass Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, künftig zwar über das Ob, weiterhin aber nicht über das Wie informieren dürfen sollen, ist absurd“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. „Dieser Kompromiss ist gleichermaßen ein Misstrauensvotum gegenüber Frauen als auch gegenüber Ärztinnen und Ärzten.“ Der geplante Verweis der betroffenen Frauen auf eine durch öffentliche Behörden geführte Liste sei zudem Ausdruck staatlicher Bevormundung und eine völlig überflüssige Bürokratisierung. „Statt Frauen in akuten Notsituationen den selbstbestimmten Zugang zu Informationen so leicht wie möglich zu machen, sollen sie in dieser höchstpersönlichen Lebensfrage auf Institutionen verwiesen werden, die fern ihrer Lebenswirklichkeit liegen. Das ist nicht nur schikanös, sondern auch frauenfeindlich“, kritisiert Schneider.

Der Paritätische Gesamtverband fordert die ersatzlose Streichung des § 219a StGB sowie einen altersunabhängigen Zugang zu kostenfreien Verhütungsmitteln für Menschen mit geringem Einkommen.

„Wir Kinder haben Rechte!“ Motto zum Weltkindertag 2019

Der diesjährige Weltkindertag am 20. September steht unter dem Motto „Wir Kinder haben Rechte!“. UNICEF Deutschland und das Deutsche Kinderhilfswerk unterstreichen damit die Forderung, dass alle Kinder besser über ihre Rechte informiert, dass sie ernster genommen und mehr an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligt werden müssen. 2019 ist Kinderrechtsjahr: Am 20. November feiert die UN-Konvention über die Rechte des Kindes ihren 30. Geburtstag.

„Die Interessen und Belange von Kindern werden in Deutschland nach wie vor unzureichend berücksichtigt. Deshalb ist es ein wichtiges Signal an die gesamte Gesellschaft, das Recht von Kindern auf Beteiligung an den sie betreffenden Fragen hervorzuheben. Schließlich sind sie Expertinnen und Experten in eigener Sache“, so Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Am Weltkindertag am 20. September rücken bundesweit zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen die Lage der Kinder auf der Welt und in Deutschland in den Mittelpunkt. Am Sonntag, den 22.September, finden in Berlin und Köln unter dem Motto „Wir Kinder haben Rechte!“ die beiden größten Kinder- und Familienfeste mit jeweils 100.000 großen und kleinen Besucherinnen und Besuchern statt.

Herzlichen Glückwunsch, Claus Helmert

Finanzdirektor Claus Helmert (rechts im Bild) ist seit Februar 2019 stolze 40 Jahre im Paritätischen Gesamtverband tätig.
Da gratulierte nicht nur Ulrich Schneider, der übrigens in diesem Jahr sein 20. Jubiläum als Hauptgeschäftsführer feiert, sondern die gesamte Belegschaft stieß auf ihren Kollegen an.
Wir freuen uns auf die nächsten Jahre.

Demokratie in die Kita bringen

Für viele Kinder in Deutschland beginnt mit dem Besuch der Kita erstmalig ein Lebensabschnitt, in dem sie viel Zeit am Tag außerhalb ihrer vertrauten Familie verbringen. Zum ersten Mal erleben sie, wie eine größere Gemeinschaft von Menschen – ihre Kitagruppe – organisiert ist und welche Rechte die einzelnen Kinder und die Erwachsenen haben. Die Kita bietet damit Kindern viele Möglichkeiten, Demokratie im Lebensalltag zu erfahren und einen Beitrag zur Demokratieförderung und -bildung zu leisten. Dazu ist es wichtig, eine entsprechende Haltung zu entwickeln, Kinder zu partizipieren, kinderrechtsorientiert und diskriminierungssensibel zu arbeiten. Unter „Partizipation und Demokratieförderung in der Kindertagesbetreuung“ hat der Paritätische ein umfangreiches Informations- und Qualifizierungsangebot geschaffen. Es gibt mehrere Dokumentar- und Erklär-Filme, ein ABC der Partizipation und Arbeitshilfen für die Fachkräfte. All das ist zu finden unter:
www.kita.paritaet.org
Gefördert vom BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

Selbsthilfe stärken

Anliegen und Probleme selbst in die Hand nehmen, sich zu organisieren und gegenseitig zu stützen – das ist Selbsthilfe. Unter dem Motto „Wir hilft“ findet erstmalig und bundesweit von 18. bis 26. Mai 2019 die Aktionswoche Selbsthilfe statt. Der Paritätische lädt alle Gruppen, Organisationen und Kontaktstellen der Selbsthilfe innerhalb und außerhalb des Paritätischen ein, sich mit Aktionen zu beteiligen: Ob Flashmob, Social Media-Aktion oder Fachveranstaltung - der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt! Die Initiative wird unterstützt durch die Krankenkassen AOK und BKK sowie die Glücksspirale. Mehr Informationen unter:
www.wir-hilft.de

Vorsitzender trifft Bundespräsidenten

Auch in diesem Jahr wurde Prof. Dr. Rolf Rosenbrock zum traditionellen Neujahrsempfang von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier und Elke Büdenbender in das Schloss Bellevue eingeladen. Der Vorsitzende des Pariätischen Gesamtverbandes fand folgende Worte: „Gesellschaftliche Gräben nicht verleugnen oder verdrängen, sondern benennen und sowohl durch politisches Handeln als auch durch persönliche Kommunikation bearbeiten und überwinden – ich hoffe und arbeite daran, dass uns dies im Neuen Jahr noch besser gelingt als in der Vergangenheit.“

Paritätischer und NACOA starten Aktionswoche zum Thema Sucht

„Sie leiden extrem – nicht nur unter der Krankheit in der Familie, sondern vor allem auch unter der Stigmatisierung und Tabuisierung der Erkrankung der Eltern“, sagte Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes auf der Auftaktpressekonferenz zur zehnten bundesweiten Aktionswoche für Kinder aus Suchtfamilien in Berlin im Februar. „Diese Kinder suchen sich oft keine Hilfe, aus Scham oder aus Angst vor den Konsequenzen. Stattdessen übernehmen sie in ihren Familien Rollen, die weder ihrem Entwicklungsstand noch ihren Kräften entsprechen. Das alles hat häufig zur Folge, dass sie selbst eine Erkrankung entwickeln.“

„Wir fordern die Bundesregierung auf, die vom Parlament beschlossenen Aufklärungsmaßnahmen für die Bevölkerung sowie die geplante Entstigmatisierungskampagne 2019 bundesweit zu starten und die dafür notwendigen finanziellen Mittel in angemessenem Umfang im Bundeshaushalt 2020 auszuweisen und bereitzustellen“, forderte Rolf Rosenbrock.

Die bundesweite Aktionswoche für Kinder aus Suchtfamilien bot ein reiches Angebot von 120 Veranstaltungen in über 60 deutschen Städten. Viele davon waren Weiterbildungen für Fachkräfte. Mehr Infos sind unter www.coa-aktionswoche.de zu finden.

Die Schauspielerin Katrin Sass ist Schirmherrin der Aktionswoche, die von der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) gefördert wurde. Zeitgleich fanden Aktionswochen auch in den USA, Großbritannien und erstmals auch in der Schweiz statt.

Studie zu Nachwuchs im Ehrenamt

Die Situation kennen viele, die sich ehrenamtlich engagieren. Ein neuer Vereinsvorstand muss gewählt werden, der bisherige Vorsitzende will aus Altersgründen aufhören, auch einige Vorstandsmitglieder wollen berufs- oder altersbedingt kürzertreten. Aber Nachfolger sind nicht in Sicht. Das Werben bleibt lange Zeit erfolglos, immer wieder gibt es Absagen, entweder, weil die Angefragten die Arbeitsbelastung, die mit einer solchen Aufgabe verbunden ist, nicht abschätzen können oder sie sich nicht zutrauen, aber auch, weil man Angst hat vor den Risiken der Vorstandsarbeit und hier nicht ausreichend informiert ist.

Das Thema treibt den Paritätischen Thüringen und seine Mitgliedsorganisationen schon seit langem um. Und die Notwendigkeit, hier aktiv zu werden, unterstreicht eine Studie der Ernst Abbe Hochschule Jena, die in enger Verbindung mit dem Paritätischen Landesverband Thüringen entstanden ist.

Alles weitere unter: www.isoe.org

Drei auf einen Streich: Paritätischer stellt neue Wohlfahrtsmarken vor

Die Marken mit einem zusätzlichen Centbetrag werden seit nunmehr 70 Jahren zugunsten der Freien Wohlfahrtspflege herausgegeben. Empfänger der Pluserlöse ist die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. Die in ihr zusammengeschlossenen Organisationen unterstützen damit die soziale Arbeit in unserem Land.

Im Jahr 2019 sind Motive aus der Geschichte „Das tapfere Schneiderlein“ Gegenstand der Sondermarkenserie „Grimms Märchen“.

Die Wohlfahrtsmarken wurden am 4. Februar auch an Bundespräsident Steinmeier und Bundesfinanzminister Olaf Scholz übergeben. Den Paritätischen vertrat dabei Claus Helmert.

Die Marken können bestellt werden: www.wohlfahrtsmarken.paritaet.org

Korrektur: Falsches Zitat in DER PARITÄTISCHE 1/19

Bedauerlicherweise ist uns ein Fehler bei der Zuweisung der Zitate der Unterstützer*innen unseres Armutskongresses auf den Seiten 18 und 19 in der letzten Ausgabe unterlaufen.

Herrn Kurt Nikolaus von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen wurde versehentlich ein Zitat der Tafel Deutschland zugewiesen. Tatsächlich antwortete Herr Nikolaus auf die Frage, wo er aus seiner Sicht die größten armutspolitischen Herausforderungen sehe, folgendes:

„Bei Erwerbslosigkeit und bei Beschäftigung sind das Versagen sozialer Sicherung, die Zunahme schlechter Arbeitsbedingungen und die ausgedünnte öffentliche Daseinsvorsorge die Hauptprobleme. Hartz IV schützt nicht vor Armut, Löhne sichern nicht den Lebensunterhalt, erst recht nicht wenn die Mieten explodieren.“

Wir bitten um Entschuldigung.

Forum der Paritätischen Freiwilligendienste

Am 8. und 9. Februar 2019 veranstaltete der Paritätische Gesamtverband zum zweiten Mal das Forum der Paritätischen Freiwilligendienste in Berlin. Unter dem Thema „Menschenrechte“ knüpfte die partizipative Veranstaltung an die Vorjahreskampagne des Gesamtverbandes an.

Zwei Tage lang diskutierten Freiwillige im FSJ und BFD sowie Vertreterinnen und Vertreter von Einsatzstellen und Trägern Paritätischer Strukturen gemeinsam mit Gästen aus Politik, Zivilgesellschaft und Forschung über den Hintergrund und die Bedeutung von Menschenrechten. 140 Teilnehmende aus ganz Deutschland reisten nach Berlin, um sich mit den Menschenrechten in den Freiwilligendiensten auseinanderzusetzen.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch eine Videobotschaft von Prof. Dr. Rolf Rosenbrock. Nach anschließender Begrüßung durch die Tagungsleiterinnen Julia Schlicht und Kristin Napieralla sowie Moderator Florian Wenzel visualisierte Lea Fenner von erste Spannungsfelder des Themenspektrums: Darf es sein, dass universelle Menschenrechte erst mit der Anerkennung durch den jeweiligen Staat gelten? Haben ausschließlich Staatsbürgerinnen und Staatsbürger einen Anspruch auf diese Rechte, ihre Achtung und Sicherstellung?

Am Mittag gestaltete die Berliner Rapperin Sookee einen sehr persönlichen und emotionalen Input. Im Gespräch mit den Teilnehmenden erzählte die feministische Aktivistin auf fesselnde Weise von persönlichen Erfahrungen im Umgang mit und dem Einsatz für Menschenrechte. Ihre Quintessenz: wir sollten hinterfragen, wie wir uns und andere sehen und bewerten. Für die Teilnehmenden war dies ein Highlight der Veranstaltung.

In einer anschließenden Fishbowlrunde stellten sich Stefanie Krebs-Pahlke von Amnesty International Berlin/Brandenburg und Sawsan Chebli, Berliner Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales sowie Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, den Fragen der mehrheitlich jungen Teilnehmenden. Abschluss des ersten Tages bildeten Arbeitsgruppen, in denen zum Thema „Fünfzehn Sekunden für mein Menschenrecht“ kreative Kurzvideos in Eigenregie erstellt und zum Auftakt des zweiten Tages im Plenum vorgeführt wurden.

Inputgeberin des zweiten Tages war Nina Los vom Berliner Peng! Kollektiv. Sie begeisterte mit einem spannenden Input über humorvolle und provokative Projektkunst als Mittel für einen öffentlichkeitswirksamen Einsatz für Menschenrechte. Unter dem Titel „Und action! Was geht – was nicht?“ diskutierte sie mit den Teilnehmenden über verschiedene Formen des Protestengagements und des kontroversen zivilen Ungehorsams. Anschließend entwickelten die Teilnehmenden Spontanaktionen. Bei der abschließenden Ergebnispräsentation wurde deutlich, dass viele Teilnehmende in zukünftigen Projekten vor allem über Menschenrechte aufklären möchten. So soll beispielswiese eine Menschenrechtsbox auf Tour gehen und Paritätische Freiwilligendienstträger bundesweit erreichen.

Wir danken allen Teilnehmenden für ihr Kommen und für das Teilen persönlicher Erfahrungen, wertvoller Hinweise und Stellungnahmen. Die Ergebnisse werden in einem Video zusammengestellt, das zeitnah auf der Internetseite des Gesamtverbands erscheinen wird.

Weitere Informationen: www.freiwillig.paritaet.org und unter #freiwilligwertvoll

Dominik Evcimen
ist Praktikant für Freiwilligendienste in der Abteilung Soziale Arbeit beim Paritätischen Gesamtverband.

Welche Wege führen aus der europäischen Krise?

Björn Hacker fordert „weniger Markt, mehr Politik“, damit Europa vom Sündenbock zum Problemlöser werden kann

Europa befindet sich in der Krise. Wenige Monate vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai ist das Erscheinungsbild der Europäischen Union desaströs. Der „Brexit“ ist dabei nur das offenkundigste Anzeichen des schwindenden Zusammenhalts. Zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Integration tritt zum 29. März – so zumindest der derzeitige Zeitplan – ein Mitgliedsland aus der EU aus. Es gibt damit dringenden Anlass den Zustand der Europäischen Union einer kritischen Prüfung zu unterziehen, um aufbauend auf einer guten Analyse problemgerechte Lösungen zu entwickeln. Diese Aufgabe setzt sich Björn Hacker – Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (htw) Berlin – in seinem Buch „Weniger Markt, mehr Politik. Europa rehabilitieren.“

Im Zentrum der Ausführungen von Hacker steht die Analyse der konkreten Krisenphänomene, die nach zehn Jahren Dauerkrise das Vertrauen der Menschen in Europa erschüttern. Es sei offenkundig, dass die aktuelle Politik nicht in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Es dominiere seit etwa zehn Jahren – den Beginn der krisenhaften Entwicklung mit einer auf europäischen Ebene nachlassenden Kompromiss- und Beschlussfähigkeit datiert Hacker auf das Scheitern des EU-Verfassungsvertrags 2005 – eine Politik des Durchlavierens („muddling through“), die die strukturellen Probleme nicht löse, sondern im Gegenteil sogar verschärft. Prominentes Beispiel für die krisenverschärfende Wirkung der EU-Politik sei das Beharren auf der Haushaltskonsolidierung durch drastische Ausgabenkürzungen („Austerität“) im Rahmen der Eurokrise. Insbesondere in Griechenland habe die Kopplung von Kreditzusagen an die Haushaltskonsolidierung ökonomisch kontraproduktiv gewirkt und zu massiven sozialen Verwerfungen geführt. Insgesamt zeigt sich Hacker überzeugt: im Zentrum der Konflikte steht das Verhältnis von Markt und Politik. Die herrschende Marktgläubigkeit müsse überwunden werden mit einer gestaltenden Politik („mehr Politik“).

Die europäische Politik versage unter der Vorherrschaft der Marktgläubigkeit bei den drei zentralen Herausforderungen:

(1) Die EU und die Mitgliedsländer schafften es nicht die Konstruktionsfehler der Wirtschaft- und Währungsunion, die mit den Maastrichter Verträgen vertraglich verankert wurden, zu korrigieren. Die WWU sei einseitig auf Stabilität ausgerichtet und die Möglichkeiten einer expansiven Fiskalpolitik zu sehr eingeschränkt. Es fehle an Instrumenten zur Bewältigung von Krisen und „asymmetrischen Schocks“. Notwendig sei ein struktureller Wandel der WWU hin zu einer Fiskalunion.

(2) Im Rahmen der Marktgläubigkeit werde der sozialen Spaltung in Europa nichts entgegen gesetzt. Es dominiere eine Politik der Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung mit dem Ziel der Anpassung der Sozialstaaten an gegebenen Wettbewerbsdruck. Damit sei soziale Sicherheit nicht zu realisieren. Das „Europäische Sozialmodell“ erodiere. Von dem Versprechen einer sozialen Aufwärtskonvergenz könne angesichts der Eurokrise und der kontraproduktiven Austeritätspolitik insbesondere in den südlichen Ländern Europa keine Rede mehr sein. Die Verabschiedung einer „Europäischen Säule der sozialen Rechte“ sei zwar zu begrüßen, aber unzureichend, weil keine einklagbaren Rechte etabliert würden (vgl. Interview im Heft Seite 12).

(3) Schließlich versage Europa bei einer angemessenen Reaktion auf Migration und Flüchtlingsbewegungen.

Zentrales Anliegen des Buches ist die „Rehabilitierung“ Europas durch koordinierte konkrete Problemlösungsstrategien auf europäischer und nationaler Ebene. Damit grenzt sich Hacker von verschiedenen alternativen Positionen ab. Explizit und nachdrücklich widerspricht er einer Politik der Renationalisierung, wie sie von der extremen Rechten in Europa – etwa der Front National in Frankreich oder der AFD in Deutschland vertreten wird – vertreten wird. Gleichzeitig grenzt er sich aber auch von der entgegengesetzten politischen Strategie ab, die auf eine Überwindung des Nationalstaats durch eine institutionelle Neugründung der EU als „Republik Europa“ setzen (aktuell z.B. Ulrike Guerot). Beide Herangehensweisen seien ebenso wie der gegebene Status quo nicht geeignet, die genannten Probleme der EU und ihrer Mitgliedsländer zu lösen. Stattdessen plädiert Hacker für eine Rehabilitierung der „Methode Monnet“, womit er einen schrittweisen Ausbau der europäischen und nationalen Handlungsfähigkeit beschreibt. Im Kern geht es auf beiden Ebenen um eine Abkehr von einer neoliberalen Marktgläubigkeit hin zu „mehr Politik“. Dafür werden konkrete vorliegende Vorschläge gesichtet und gebündelt, die aus seiner Sicht geeignet erscheinen, die genannten zentralen Probleme zu lösen. In der Summe entsteht ein durchaus überzeugendes umfassendes Reformprogramm. In den Grundideen ist das Reformprogramm von Björn Hacker mit dem europapolitischen Grundsatzpapier des Paritätischen vollständig kompatibel ist und geeignet wichtige Impulse zur weiteren Konkretisierung der Paritätischen Positionierung zu geben. Wer für europapolitische Debatten im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament eine gute Analyse und sachgerechte Lösungsvorschläge für zentrale Probleme Europas sucht, sollte die Lektüre dieses anregenden Buches nicht scheuen.

Dr. Andreas Aust

„Weniger Markt, Mehr Politik“ erschien im Dietz Verlag und kostet 18 Euro.

Soziale Arbeit dies- und jenseits des Rheins: Es lebe die deutsch-französische Freundschaft!

Die Reisegruppe. Ganz links im Bild: Katrin Frank

„An einer wirklichen und dauernden Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich hängt die ganze europäische Zukunft“ – dieser Ausspruch von Konrad Adenauer scheint aktueller denn je. Im Januar dieses Jahres wurde mit dem Vertrag von Aachen ein neuer Freundschaftsvertrag zwischen beiden Ländern geschlossen. Er soll den sogenannten Elysée-Vertrag, aus dem u.a. auch das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) hervorgeht, bekräftigen. Von seinen Programmen konnten in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche paritätische Mitgliedsorganisationen profitieren. Grund genug, um mit familienpolitischen Referent/-innen der Paritätischen Verbandsstrukturen im Vorfeld nach Paris zu reisen, um neue Impulse für die eigene politische Arbeit zu erhalten und Formen der Zusammenarbeit zu diskutieren. Die Studienreise wurde vom Deutsch-Französischen Jugendwerk gefördert.

Verschiedene Wohlfahrtsorganisationen wurden vor Ort besucht. Zu Gast bei der Ligue de l’Enseignement und der Fédération Nationale des Francas standen klassische Themen der Wohlfahrtspflege zur Diskussion, wie der Zugang zu formaler und non-formaler Bildung und die Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Beide Verbände sind landesweit organisiert, laizistischen Grundsätzen verpflichtet und stellen zahlreiche Unterstützungsleistungen für Kinder und Familien zur Verfügung.

Deutlich wurde, dass der Einsatz von Freiwilligen und die Fortentwicklung von non-formalen Ausbildungsgängen entscheidende Faktoren für die Arbeit der Wohlfahrtsorganisationen in Frankreich sind. Da es in Frankreich außerhalb des Lehrerstudiums keinen formalen Bildungsgang für pädagogische Berufe gibt, hat die Qualifizierung von Mitarbeiter/-innen, besonders auch für den eigenen Bedarf, hohen Stellenwert.

Die Paritätischen Vertreter/-innen zog es auch raus aus Paris, nach Bords de Marne. Dort besuchten sie eine mission locale, eine von vielen hundert Beratungsstellen für arbeitslose junge Menschen in Frankreich. Sie bietet eine umfassende ganzheitliche Beratung, die nicht nur auf die Vermittlung in den Arbeitsmarkt abzielt, sondern die gesamte Lebenssituation der Jugendlichen analysiert und begleitet.

Auch die französische Generalsekretärin des DFJW, Béatrice Angrand, empfing die paritätische Gruppe. Sie stellte die Historie der Organisation dar und zeigte Themenfelder für die zukünftige Zusammenarbeit auf. Schnell wurde allen klar: Soziale Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist ein entscheidender Motor der deutsch-französischen Freundschaft. Auch zukünftig will das DFJW im Rahmen seiner Strategie „Diversität und Partizipation“ insbesondere Jugendlichen aus sozial schwachen Familien oder mit Diskriminierungserfahrung die Möglichkeit bieten, an einem deutsch-französischen Austausch teilzunehmen. Das DFJW unterstützt jedes Jahr über 9.000 Programme für junge Menschen zwischen 3 und 30 Jahren. Mehr dazu hier: https://www.dfjw.org/

In Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung fand auch noch ein Besuch in der Assemblée Nationale, dem französischen Parlament statt. In dem Gespräch mit Guillaume Chiche, familienpolitischer Sprecher der Regierungspartei „La République en Marche“, wurde deutlich, dass sich die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf in Frankreich ähnlich schwierig wie in Deutschland gestaltet. Auch mit Blick auf steuerliche Freibeträge, Ehegattensplitting sowie die steuerrechtliche Behandlung von Alleinerziehenden gibt es in Frankreich ähnliche Diskussionen. Hinzu kommt: Auch in Frankreich gilt eines von fünf Kindern als arm.

Die Teilnehmer/-innen der Studienreise schätzen die Bedeutung der Arbeit des DFJW als sehr hoch ein, gerade auch was die Fördermöglichkeiten für Paritätischen Mitgliedsorganisationen betrifft. Derzeit erörtern die französischen Partner die Möglichkeit eines Gegenbesuches in Deutschland. Eine ausführliche Dokumentation wird derzeit erarbeitet. Bei Interesse bitte kurze E-mail an: faf@paritaet.org.

Kathrin Frank ist Referentin für Familienhilfe/-politik, Frauen und frühe Hilfen beim Paritätischen Gesamtverband.

Termine, Termine, Termine...

Paritätische Veranstaltungen

26. März in Nürnberg

Kinder von Inhaftierten zwischen Jugendhilfe und Justiz

Der Paritätische Gesamtverband führt in Kooperation mit Treffpunkt e.V. im Rahmen des Projekts „Netzwerk Kinder von Inhaftierten (KvI)“ einen Fachtag durch. Die Veranstaltung richtet sich an Verantwortliche aus Politik und Verwaltung, Mitarbeiter*innen der Justiz, Jugendhilfe und freie Träger, Engagierte und Fachkräfte aus Verbänden und Institutionen.
Der Fachtag trägt dazu bei, die Vernetzung von Verantwortlichen, spezialisierten Einrichtungen und Gefängnissen auf bundesweiter Ebene zu verbessern. Beispielhaft präsentiert sich das Modellprojekt des hessischen Justizvollzugs für Angehörigenarbeit. Expert*innen beleuchten die kinder- und sozialrechtliche Perspektive des Themas sowie die Aufgaben, die sich aus der Empfehlung des Europarates für Deutschland ergeben: im April 2018 hat die EU Richtlinien zum Schutz von Kindern inhaftierter Eltern veröffentlicht.
Der Paritätische Gesamtverband fordert darin u.a. die Kinder von Inhaftierten als eigenständige, spezifisch gefährdete Zielgruppe mit besonderen Bedürfnissen und entsprechendem Hilfebedarf wahrzunehmen.

Wo?
Kulturwerkstatt Auf AEG
Fürther Straße 244 d
90429 Nürnberg

9.-10. April in Stuttgart

Pro Arbeit sozial 2019

Bei der diesjährigen Fachtagung Pro Arbeit sozial stehen die Möglichkeiten einer befähigenden Arbeitsmarktpolitik und neue Wege aus der Langzeitarbeitslosigkeit im Mittelpunkt. Am ersten Tag der zweitätigen Fachtagung geht es um das neue Teilhabechancengesetz.
Welche Gestaltungsoptionen bieten sich dafür in der Praxis, damit Langzeitarbeitslose wieder am Arbeitsmarkt teilhaben können? Veranstalter sind die AG ARBEIT, der EFAS, die IDA und der Paritätische Gesamtverband.
Am zweiten Tag stehen die lokale Umsetzung und die Möglichkeiten eines kommunalen sozialen Arbeitsmarktes im Vordergrund.
Dabei stellt sich besonders die Frage, wie auf die Lebenssituationen und Arbeitsmarktchancen von langjährigen Erwerbslosen und ihren Familien eingegangen werden kann und wie die Hilfe aus der Sicht von Betroffenen gestaltet werden sollte.
Veranstalter des zweiten Tages sind der Caritasverband für Stuttgart e. V., Bereich Arbeit, das Frauenunternehmen ZORA gGmbH, SBR - Gemeinnützige Gesellschaft für Schulung und berufliche Reintegration mbH und das Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH.

Wo?
Haus der Wirtschaft Stuttgart
Willi-Bleicher-Straße 19
70174 Stuttgart

14. Mai in Berlin

Auftaktveranstaltung Aktionswoche Selbsthilfe 2019

Die Auftaktveranstaltung für die Aktionswoche Selbsthilfe 2019 findet am 14. Mai im Centre Monbijou in Berlin-Mitte statt. Es erwartet Sie ein aktuelles Programm mit Vorträgen, Interviews und kulturellen Beiträgen zur und aus der Selbsthilfe in Deutschland.
Als Auftakt zur bundesweiten Aktionswoche findet in Berlin statt. Die Auftaktveranstaltung richtet sich an Vertreterinnen und Vertreter und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Organisationen und Einrichtungen der Selbsthilfe, aus der Verwaltung, von Krankenkassen und Verbänden, aus der Politik und den Medien.
Bisher geplant:

- Eröffnung und Begrüßung: Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender Paritätischer Gesamtverband
- Vortrag zum „Wir“ in der Selbsthilfe: Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt, Universität Köln
- Experteninterviews zu aktuellen Herausforderungen in der Selbsthilfe
- Kulturelles Rahmenprogramm gestaltet von Selbsthilfeaktiven

Wo?
Centre Monbijou
Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin

Informationen und Anmeldungen zu diesen und weiteren Veranstaltungen finden Sie unter www.paritaet.org

3. April in Gelsenkirchen

Auftaktveranstaltung: „Soziale Organisationen als Partner der Wohnungswirtschaft“

An bezahlbarem und würdigem Wohnraum mangelt es in städtischen wie ländlichen Gebieten. Längst betrifft der Wohnungsmangel breite Schichten der Gesellschaft, besonders schwer haben es Menschen mit geringem Einkommen oder in schwierigen Lebenslagen. Gleiches gilt für soziale Organisationen: Auch sie finden keinen geeigneten Wohnraum für die von ihnen betreuten Menschen.

Wie können wir das ändern, was können soziale Organisationen tun? Ein erfolgsversprechender Ansatz sind örtliche Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft.

Der Paritätische Gesamtverband lädt daher gemeinsam mit dem Paritätischen NRW für den 3. April 2019 zur Fachveranstaltung „Soziale Organisationen als Partner der Wohnungswirtschaft“ ein, die zugleich den Auftakt zur gleichnamigen Veranstaltungsreihe bildet.

Schwerpunktthemen sind:

- **Sicherung und Akquirierung von Bestands- und Neubauwohnungen**
- **Gemeinsames Bauen**
- **Stärkung von Nachbarschaften**
- **Bodenvergabe**
- **Bildung von Netzwerken**
- **Sicherung von lebenswertem Wohnraum in strukturschwachen Gebieten**

Geplant sind die Vorstellung von Beispielen guter Praxis, Vorträge von Fachexpertinnen und -experten sowie Workshops zum Erfahrungsaustausch zwischen den sozialen Trägern. Außerdem sollen konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt werden. Die Veranstaltung richtet sich an Paritätische Kreis-, Bezirks- und Landesverbände sowie an interessierte Mitglieder, die auf diesem Gebiet aktiv sind oder werden wollen.

Weitere Infos zur Veranstaltungsreihe folgen.

Wann? 3. April 2019 von 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr
Wo? Wissenschaftspark Gelsenkirchen, Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen

Sie können sich hier zu der Auftaktveranstaltung anmelden oder unter https://tinyurl.com/y75c7thk

GUTES WOHNEN FÜR ALLE!

Gefördert durch die GlücksSpirale

Unser Einkaufsportal ist umgezogen!

Sie finden die Paritätischen Rahmenverträge im neuen Design nun direkt auf der Homepage des Gesamtverbandes (www.der-paritaetische.de). Im Menü „Service“ unter der Rubrik Einkaufsvorteile ist das Einkaufsportal hinterlegt. Hier sind alle Partner zu finden, bei denen Ihre Einrichtung günstig einkaufen kann. Damit Ihnen auch die Sonderkonditionen angezeigt werden, loggen Sie sich bitte mit Ihren allgemeinen Zugangsdaten im Mitgliederbereich ein.

Die Zugangsdaten erhalten Sie von Ihrem Paritätischen Landesverband, die Ansprechpartner finden Sie ebenfalls online. Um monatlich per Newsletter über Sonderaktionen informiert zu werden, senden Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abonnieren“ an einkauf@paritaet.org

Der Katalog „Sparen durch Paritätische Rahmenverträge“ erschien in seiner 6. Auflage im Mai 2018. Allen Mitgliedern des Paritätischen wurde automatisch ein Exemplar per Post zugestellt. Benötigen Sie darüber hinaus weitere Kataloge? Dann wenden Sie sich an Ihren Landesverband oder direkt an den Gesamtverband. Gerne senden wir Ihnen weitere Exemplare kostenlos zu.

Für Rückfragen stehen Ihnen Karsten Härle und Rebecca Neuparth unter einkauf@paritaet.org gerne zur Verfügung.

VIELFALT OHNE ALTERNATIVE

Umfrage: Jetzt mitmachen!

Der Paritätische bekennt sich ausdrücklich zur demokratischen, offenen und vielfältigen Gesellschaft, er positioniert sich in aller Deutlichkeit gegen jede Form der Ideologie der Ungleichheit, die den elementaren Prinzipien Sozialer Arbeit widerspricht. Gemeinsam mit den Landesverbänden, den Regional- und Kreisgruppen planen wir als Gesamtverband, die Mitgliedsorganisationen zur eigenen Stärkung zu beraten, qualifizieren und zu vernetzen, um präventiv tätig sein und Betroffenen die nötige Unterstützung zukommen lassen zu können. In einem ersten Schritt ruft der Paritätische alle Mitgliedsorganisationen auf, Vorfälle zu melden und Beratungsbedarf anzuzeigen. Hierfür hat der Gesamtverband in Kooperation mit den Landesverbänden eine Umfrage erstellt.
Wir freuen uns auf Ihre Beteiligung:

www.der-paritaetische.de/aufruf

Bildnachweise

Cover: Photo by Helena Lopes on Unsplash/Eigene Collage, S. 4-5: OpenClipart-Vectors/Pixabay License, S. 7: Thomas Plaßmann, S. 8: Photo by Markus Spiske on Unsplash, S. 10: Elke Schöps S. 11-12: Annabell Fugmann, S. 14: DarkWorkX/Pixabay License/ OpenClipart-Vectors/Pixabay License/Eigene Collage S. 16: Nima j72/Wikimedia Commons/CC BY-SA 4.0, Karelflach/ Wikimedia Commons/CC BY-SA 3.0, eigene Bearbeitung Seite 19: ASB, S. 21: Christopher Michaelis, S. 22: fancycrave1/Pixabay License, S. 23: EU-Kommission, S. 24: DBSV/Friese, S. 26: Bankenverband - Bundesverband deutscher Banken/ flickr.com/ CC0 1.0, S. 29. unten: Jörg Görigk.
Alle hier nicht aufgeführten Bilder sind entweder privat zur Verfügung gestellt oder die Bildrechte liegen beim Paritätischen Gesamtverband.

impressum

DER PARITÄTISCHE

Magazin des PARITÄTISCHEN
ISSN-1866-1718
Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
Internet: www.der-paritaetische.de
Facebook: www.facebook.com/paritaet/
Twitter: @Paritaet
Instagram: instagram.com/paritaet/
E-Mail: redaktion@paritaet.org
Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:
Gwendolyn Stilling (Leitung),
Tel.: 030/24636-305
Philipp Meinert,
Tel. 030/24636-339

Verantwortlich für die Landesseiten:
Brandenburg: Andreas Kaczynski,
Tel.: 0331/28497-0
Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0
Hessen: Dr. Yasmin Alinaghi,
Tel.: 069/95526220
Mecklenburg-Vorpommern:
Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0
Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-200
Für Berichte, die mit dem Namen des*der Verfasser*in gekennzeichnet sind, trägt diese*r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, und Vertrieb:
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.,
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Anzeigenverwaltung:
MD Medien Dienste GmbH
Baumweg 19, 60316 Frankfurt am Main

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
Schwanheimer Straße 110,
60528 Frankfurt am Main

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

klimaneutral
natureOffice.com | DE-077-028420
gedruckt

FSC www.fsc.org
MIX
Aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C016059